

(Beginn: 16.39 Uhr - Ende: 20.28 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich darf Sie bitten, jetzt Platz zu nehmen.

Nach der turbulenten Sitzung heute Vormittag zum Haushaltsplan beginnen wir jetzt mit fast zweistündiger Verspätung unsere 43. Sitzung des Rates in der Wahlperiode 2009 bis 2014.

Wie auch heute Morgen schon, begrüße ich die Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister und Sie alle, meine Damen und Herren des Rates und der Verwaltung.

Besonders begrüßen möchte ich Frau Laugwitz-Aulbach, die wir heute zur neuen Beigeordneten für Kunst und Kultur wählen wollen. Herzlich willkommen, sehr geehrte Frau Laugwitz-Aulbach!

(Beifall)

Nach den heute mir vorliegenden Meldungen ist Herr Schöppe entschuldigt.

Als Stimmzähler benenne ich Herrn Dr. Schulz, Frau Welcker und Herrn Kretschmer.

Wie immer müssen wir zu Beginn der Beratungen die Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind im Entwurf gesondert gekennzeichnet. Die nachträglich eingegangenen Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Die Fraktion pro Köln hat gestern fristgerecht einen Antrag auf eine Aktuelle Stunde zum Thema "Armutswanderung nach Köln verhindern!" eingereicht. Das wollen wir unter Tagesordnungspunkt 1.1 behandeln.

(Zurufe von der FDP: Wollen wir nicht!)

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: 3.1.6, 4.3, 8.1, 10.18, 17.8, 17.9 sowie 17.10; dabei geht es um die Benennung eines sachkundigen Einwohners für den Kulturausschuss, das werden wir unter TOP 17.10 erläutern. Für den nichtöffentlichen Teil wird die Zusetzung des Punktes 24.2 vorgeschlagen; er wird aber gleich wieder abgesetzt - Entschuldigung! -, aber der Form halber machen wir das so.

Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 10.17, darunter die Unterpunkte 1 bis 3, die wir bereits eben behandelt haben. Weiterhin werden die Tagesordnungspunkte 12.4 und, wie eben schon gesagt, 24.2 abgesetzt.

Ich komme zu den Dringlichkeitsanträgen. Es liegt ein Antrag der CDU-Fraktion vom 25. April zum Thema "Kurzfristige Schaffung zusätzlicher Plätze im offenen Ganztag" vor; das wäre dann TOP 3.1.7. Gibt es weitere Dringlichkeitsanträge? - Zunächst einmal Herr Granitzka.

Winrich Granitzka (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte für die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion und die Fraktion der Grünen einen Dringlichkeitsantrag zu dem stellen, was wir heute Morgen unter Punkt 7 in der Variante 2 behandelt haben. Darüber möchten wir per Dringlichkeit nachher abstimmen lassen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Gibt es einen weiteren Punkt?

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Es gibt einen Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und der Grünen: "Neubau des Historischen Archivs - Zukunft der Kunst- und Museumsbibliothek". Er müsste eigentlich bekannt sein oder ist gerade im Umdruck. Auf jeden Fall gibt es diesen Dringlichkeitsantrag; er ist in "Session" eingestellt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Dann kommen wir zur Abstimmung über die einzelnen - - Herr Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister, ich habe eine Frage. Über Punkt 7 ist ja heute in der ersten Ratssitzung entschieden worden. Kann er denn erneut auf die Tagesordnung kommen?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ja, das war ja ursprünglich kein Antrag. Nach unserer Geschäftsordnung ist das möglich, wenn mindestens ein Drittel diese Dringlichkeit annimmt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Dringlichkeitsanträge. Der erste Dringlichkeitsantrag: Tagesordnungspunkt 3.1.7, "Kurzfristige

Schaffung zusätzlicher Plätze im offenen Ganztage". Wer ist gegen die Dringlichkeit und die Aufnahme in die Tagesordnung? - Niemand. Wer enthält sich? - Damit ist es so angenommen.

Wir kommen zum Dringlichkeitsantrag der CDU, der gerade von Herrn Granitzka vorgetragen worden ist, eben als Ziffer 7.1.

(Winrich Granitzka [CDU]: FDP und Grüne auch!)

- FDP und Grüne ebenfalls. So ist es präzise. - Wer ist gegen diesen Dringlichkeitsantrag? Ich bitte um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der Linken. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist das so beschlossen. Das wird dann der Punkt 3.1.8, als Dringlichkeitsantrag der drei genannten Fraktionen.

Dann haben wir einen Dringlichkeitsantrag von SPD und Grünen zum Thema "Historisches Archiv". Gibt es dazu Bedenken? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann sind alle drei Dringlichkeitsanträge angenommen.

Dann kommt eine Wortmeldung von Herrn Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Der Vollständigkeit halber: Der Dringlichkeitsantrag "Kurzfristige Schaffung zusätzlicher Plätze im offenen Ganztage" der CDU ist jetzt auf der Tagesordnung. Von unserer Seite, also vonseiten der SPD und der Grünen, gibt es dazu einen Änderungsantrag.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Der kommt dann gleich?

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ja.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Dann zu Frau Gärtner.

Ursula Gärtner (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich spreche zu Punkt 3.1.1, unserem Antrag. Die Landesregierung hat den Gesetzentwurf zur Übertragung der Geldwäscheüberwachung auf die örtlichen Ordnungsbehörden aufgrund der heftigen Proteste unter anderem der kommunalen Spitzenverbände zurückgezogen. Damit wird unserem Anliegen, eine Kostenverschiebung

vom Land auf die Stadt zu verhindern, Rechnung getragen. Damit ist das Ziel unserer Resolution erreicht. Wir ziehen den Antrag zurück, weil er erfolgreich erledigt ist.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Die Fußballfreunde werden Ihnen dankbar sein.

Dann kommen wir zur Tagesordnung. Ich schlage vor, dass wir den Tagesordnungspunkt "Wahl einer Dezernentin für Kunst und Kultur" vor die Aktuelle Stunde ziehen, als ersten Tagesordnungspunkt. Ich gehe davon aus, dass Sie damit einverstanden sind.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Tagesordnung. Gibt es Gegenstimmen gegen die Tagesordnung? - Gibt es Enthaltungen? - Damit ist die Tagesordnung so beschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 17.1:

17.1 Wahl einer Beigeordneten/eines Beigeordneten für Kunst und Kultur

Vorgeschlagen wird Frau Laugwitz-Aulbach. Dazu gibt es eine Beschlussvorlage der Verwaltung. Ich lasse darüber abstimmen, da ich keine Wortmeldungen sehe. Wer für den Vorschlag der Verwaltung ist, den bitte um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen und die Fraktion der FDP. Wer enthält sich? -

(Winrich Granitzka [CDU]: Können wir über die freundliche Enthaltung abstimmen?)

Das sind die Fraktion der CDU, die Fraktion Die Linke und die Fraktion pro Köln, ebenfalls Herr Henseler und Herr Zimmermann.

Dann darf ich Ihnen, Frau Laugwitz-Aulbach, ganz herzlich gratulieren.

(Beifall)

Sie sind zur neuen Beigeordneten für Kunst und Kultur einstimmig gewählt worden. Ich darf Sie bitten, zu mir nach vorne zu kommen.

(Beifall)

Beigeordnete Susanne Laugwitz-Aulbach: Ich nehme die Wahl selbstverständlich an.

Ich bedanke mich ganz herzlich für Ihr Vertrauen. Ich freue mich sehr auf die Zusammenarbeit mit Ihnen allen. Ich freue mich auf die großartige Stadt, die bald, nach der Sommerpause, auch meine Stadt sein wird. Mein Mann wird auch dabei sein; er sitzt oben auf der Besuchertribüne. Vielen, vielen Dank für alles! Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit dem Rat und auf Köln.

(Beifall - Beigeordnete Susanne Laugwitz-Aulbach nimmt Glückwünsche entgegen und bekommt Blumensträuße überreicht)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich bedanke mich ganz herzlich für die freundliche Aufnahme unserer neuen Dezernentin.

Wir fahren jetzt in der Tagesordnung fort und beginnen mit Tagesordnungspunkt 1.1:

1.1 Antrag der Fraktion pro Köln auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Armutszuwanderung nach Köln verhindern!"

Ich gebe Herrn Uckermann das Wort.

(Unruhe)

Jörg Uckermann (pro Köln): Es ist ein bisschen leer, Herr Oberbürgermeister. Normalerweise dürfte man ja erwarten, dass zumindest zu Beginn der Sitzung ein bisschen Aufmerksamkeit herrscht. –

(Unruhe)

Da muss man sich natürlich schon fragen, Herr Roters - - Ich denke, Sie sollten den Laden soweit im Griff haben - -

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Sie brauchen mir keine Belehrungen zu erteilen.

Jörg Uckermann (pro Köln): Das will ich gar nicht. Ich will Ihnen nur helfen, Herr Roters.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Darauf kann ich gut verzichten. – Wir sollten jetzt mit der Aktuellen Stunde beginnen.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Fraktion pro Köln ist nicht nur an Sachfragen interessiert, sondern vertieft diese auch; wir bleiben an den Themen dran. Und wir wissen, dass die Themen, die wir vorbringen, natürlich auch in den Altparteien diskutiert werden. Als Beweis dafür möchte ich Ihnen hier die Drucksache 1137/2013 nennen. Da hat die CDU eine Anfrage an die Verwaltung unter dem Titel „Armutszuwanderung nach Köln“ gestellt – ein klassisches Thema, bei dem die Bürgerbewegung pro Köln immer wieder in den Gremien mitarbeitet und versucht, dass man das in den Griff bekommt. Da wird uns immer wieder gesagt, dass es überhaupt nicht so gravierend ist, wenn es in der EU ab 2014 eine vollständige Zuzugsfreiheit gibt, auch für Zuzüge aus Südosteuropa. Es wird uns immer wieder gesagt, dass das überhaupt kein Problem für die Stadtverwaltung ist. Diese Anfrage hier, meine Damen und Herren, die die Unionschristen gestellt haben, besagt etwas anderes. Da sind wir aufmerksam geworden und fühlen uns natürlich in dem bestätigt, was wir in Köln auf der Straße sehen, was die Bürger uns immer mitteilen: dass wir natürlich schon jetzt ein Problem mit Armutszuwanderung haben, insbesondere mit mobilen ethnischen Minderheiten.

Was teilt uns die Verwaltung mit? - Die Verwaltung teilt uns mit, dass schon jetzt 47 Prozent aller Kölner Haushalte Anspruch auf eine geförderte Wohnung haben. Schon jetzt kann die Verwaltung der einheimischen Bevölkerung nicht genügend Wohnraum zur Verfügung stellen, der bezahlbar ist. Wir haben in Köln de facto einen Wohnungsmarkt, der zusammengebrochen ist. Kaum einer kann sich Köln noch leisten; immer mehr Menschen müssen an den Rand ziehen, wo die Mieten noch bezahlbar sind. Da wird uns immer wieder gesagt: Alles kein Problem! – Hier haben wir jetzt eine fünfseitige Expertise aus Ihrem Hause, Herr Roters, und niemand von den Altparteien greift sie auf. Es ist im Jugendhilfeausschuss, im Sozialausschuss, im Integrationsrat behandelt worden, also immer da, wo keine Zuschauer sind. Da haben wir von pro Köln gesagt: Das müssen wir jetzt aktuell aufgreifen; noch in dieser Ratssitzung müssen wir das zum Thema machen.

Wir wollen, dass die Verwaltung die Erkenntnisse, die sie hat, in Handeln umsetzt. Wir fordern die Verwaltung auf, etwas dagegen zu tun, dass es hier zu Invasionen von Klau-Kids kommt oder dass – wie Sie hier geschrieben haben – Menschen zu uns kommen, die kaum das Alphabet beherrschen. Sie von der Stadtverwaltung haben

geschrieben, dass Infektionskrankheiten, die mehr oder weniger verschwunden sind, als neue Phänomene wieder auftreten können. Das müssen wir als Stadträte von Köln ernst nehmen. Es kann nicht sein, dass wir die Expertise von Ihnen bekommen, Herr Roters, und dann nichts geschieht. Pro Köln möchte jetzt also von der Verwaltung wissen: Wie gehen Sie denn mit Erkenntnissen, die Sie selber gewonnen haben, tatsächlich um? Wie können wir es verhindern, dass es hier zu einem Sog nach Köln hinein kommt, unter dem die Bevölkerung zu leiden hat? – Da erwarten wir von der Verwaltung und vom Rat, dass jetzt gehandelt wird. Pro Köln wird bei dem Thema nicht lockerlassen. Ich freue mich jetzt auf die Antwort der Verwaltung. – Danke schön.

(Beifall von Markus Wiener [pro Köln])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt, der Aktuellen Stunde? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Sache wohl erledigt.

Wir lassen darüber abstimmen. Wer ist dagegen, dass die Sache erledigt ist? – Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist das so entschieden.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 2.1:

2.1 Annahme einer Schenkung für das Museum für Ostasiatische Kunst 1052/2013

Gibt es da Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so angenommen. Herzlichen Dank an den Schenker und die Schenkerin.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 2.2:

2.2 Annahme einer Schenkung für das Museum für Ostasiatische Kunst hier: Schenkungsangebot von den Eheleuten Ingrid und Werner Welle 1063/2013

Gibt es dazu Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Herzlichen Dank an die Eheleute Welle. Wir nehmen diese Schenkungen gerne entgegen.

Wir kommen zu den Anträgen.

Wir beginnen mit TOP 3.1.2:

3.1.2 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Brandschutz in gefährdeten

Wohnquartieren – Konsequentes Durchsetzen der gesetzlichen Vorgaben!"

AN/0405/2013

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben in Köln einen Brand gehabt, bei dem Menschen zu Tode gekommen sind. Es ist furchtbar bedauerlich, dass so etwas passiert. Es sind Vorwürfe lautgeworden, dass es sich um Brandstiftung handeln könnte, wobei der Hintergrund rassistisch sein könnte. Es haben dann gewisse alarmistische Stimmen aus dem Bereich der Integrationsindustrie und ihrer Lobbyisten das Wort ergriffen, bis hin aus der Türkei hörte man Stimmen, hier in Deutschland würde nicht genug für den Brandschutz getan oder man würde bei gewissen Taten wegschauen. Wir können bei solch einer Problematik nicht schweigen.

Es ist bedauerlich, dass in Deutschland immer noch 600 Menschen jährlich bei Bränden auch in Wohnquartieren ums Leben kommen; es ist furchtbar traurig, eine Tragödie. Umso schlimmer ist es, dass Politiker, die an sich einen ungunstigen Hintergrund haben, daraus Kapital schlagen und so etwas instrumentalisieren.

(Zuruf: Wie Sie!)

- Das habe ich jetzt überhört, Herr Helling, dass Sie so etwas sagen; ich würde es Ihnen nie unterstellen. – Sie waren es nicht? Entschuldigung!

Wir haben uns gefragt: Wie können wir denn verhindern, dass gerade Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen, die in gewissen Wohnquartieren wohnen, in denen diese Bevölkerungsgruppe überrepräsentiert ist - - Wie kann da geholfen werden? Wir haben eben beispielsweise gelesen, dass es bei der Zuwanderung Probleme gibt, dass Menschen das Alphabet nicht kennen und dann gegebenenfalls Warnhinweise nicht wahrnehmen. Die Stadt Köln ist zur Wohnungsaufsicht verpflichtet. Die Stadt Köln ist dazu verpflichtet, dafür zu sorgen, dass der Brandschutz in Wohngebäuden durchgesetzt wird. Die Fraktion pro Köln ist der Meinung, dass in Anbetracht der immer noch währenden Debatten über die vielen Opfer jetzt gehandelt werden muss, dass Sie wirklich dafür Sorge tragen müssen, dass alle gefährdenden Elemente entfernt werden und das Abstellen von brennbarem Material in Hausfluren oder das Zustellen von Not-

ausgängen unterbunden wird. Da hat die Stadt Köln eine Pflicht. Anscheinend ist es so, dass sie unzureichend wahrgenommen wird. Es ist die allererste Pflicht im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge, dafür zu sorgen, dass diese Pflicht erfüllt wird.

(Beifall bei pro Köln)

Die Bürgerbewegung pro Köln setzt sich dafür ein, dass dies geschieht.

Köln ist eine Stadt, die an sich weltoffen ist. Wir möchten nicht, dass solch ein Verdacht überhaupt entstehen kann. Wir fordern Sie in diesem Antrag auf, wirklich Ihrer gesetzlichen Pflicht nachzukommen. Wenn Hauseigentümer und Wohnungsgesellschaften in eigener Trägerschaft hier nicht für Ordnung sorgen und gesetzliche Vorgaben nicht umsetzen, dann soll die Stadt eine Ersatzvornahme durchführen. Dann muss das eben aus dem Flur geräumt werden, dann müssen die Notausgänge freigemacht werden, dann muss die Stadt hingehen, handeln und es dem Eigentümer in Rechnung stellen. Wir fordern dies, damit Menschen geschützt werden.

Unser Antrag fordert ein Zweites. Es geht darum, dass Politiker vom Schlage Erdogan hier ihre Suppe kochen. Hier war es ein gewisser Bekir Bozdag aus Istanbul, der Verdächtigungen gegen unsere Stadt geäußert hat. Wir müssen als Rat den Verdacht zurückweisen, dass wir uns nicht darum kümmern.

(Beifall bei pro Köln)

Wir haben im zweiten Teil beantragt, dass der Rat hier ein klares Zeichen setzt. Sie, Herr Oberbürgermeister, sollten bei Ihrem nächsten Besuch in Istanbul zur Sprache bringen, dass wir hier alles tun, um Menschen zu schützen. Wir brauchen hier keinen Bozdag, der böse Verdächtigungen schürt und damit im Prinzip Integration erschwert. Pro Köln bittet Sie hier um Zustimmung dazu, Menschen zu schützen. – Ich danke Ihnen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir direkt zur Abstimmung. Wer ist für den Antrag der Fraktion pro Köln? Ich bitte um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Dann ist er abgelehnt.

Es geht direkt mit TOP 3.1.3 weiter:

3.1.3 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Ja zum gemeinsamen Schulunterricht für Mädchen und Jungen an Kölner Schulen – Nein zum getrennten Sportunterricht"

Frau Wolter.

Judith Wolter (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Auf der Internetseite unserer Stadt heißt es wie folgt:

Wir wollen, dass ein gemeinsames Lernen möglichst vieler Kinder, unabhängig von einem Förderbedarf, in einer allgemeinen Schule ermöglicht werden soll.

Ziel sei es, „mit Unterstützung des Landes bis zum Jahr 2020 eine inklusive Bildungslandschaft in Köln zu schaffen.“ Zudem haben die zwei Gemeinschaftsschulen in Köln das Ziel, „durch längeres gemeinsames Lernen die Bildungswege länger offen zu halten und somit mehr Schülerinnen und Schüler zu höheren Abschlüssen zu führen. Die Kinder lernen länger gemeinsam und nicht nach Schulform getrennt.“ Ob das tatsächlich so funktioniert, will ich hier jetzt nicht diskutieren. Jedenfalls ist aber das Thema des gemeinsamen Lernens in aller Munde und in Köln erklärtes Ziel.

Gleichzeitig forderte der SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück Anfang April Schulen dazu auf, getrennten Sportunterricht für Jungen und Mädchen zu ermöglichen. Er würde da „Rücksicht auf die religiösen Gefühle nehmen“. Herr Steinbrück wünscht sich offenbar weniger Miteinander und gemeinsames Lernen. Die Forderung Steinbrücks können wir nur zurückweisen, meine Damen und Herren, denn sie ist eine Absage an Integration, aber auch an Gleichberechtigung von Mann und Frau. Wer hier in Deutschland leben möchte, muss dies mit allen Konsequenzen tun. Wer hier willkommen sein will, der muss auch bereit sein, sich zu integrieren.

(Beifall bei pro Köln)

Wer also unsere staatliche Infrastruktur in Anspruch nimmt, mit sozialer Absicherung, kostenloser Bildung etc., der muss auch unsere freie Gesellschaft akzeptieren und sich als Teil dieser verstehen. Man kann sich nicht nur die Rosinen herauspicken und sich einerseits auf die Religionsfreiheit berufen, während man andere Teile des Grundgesetzes, wie zum Beispiel den Teil zur Gleichberechtigung von Mann und Frau, ignoriert.

Hier ist auch zu berücksichtigen, dass es meist die Eltern der betroffenen Mädchen sind, die einen gemeinsamen Sport- und Schwimmunterricht für ihre Tochter ablehnen. Die Betroffenen selbst genießen de facto weder Religionsfreiheit noch ihr Recht auf Selbstbestimmung. Dieser Praxis darf der Staat unserer Meinung nach keinesfalls Vorschub leisten. Im Gegenteil, sollten Politiker als Vertreter desselben klarstellen, dass Kinder in unserem Land gemeinsam mit dem anderen Geschlecht aufwachsen und untereinander gleichberechtigt sind.

Selbstverständlich hat Herr Steinbrück das Recht, dies anders zu sehen. Wie die Wähler diese Auffassung bewerten, wird sich im Herbst bei der Bundestagswahl zeigen. Wir hier in Köln sollten uns grundsätzlich aus dem Bundestagswahlkampf heraushalten; aber im Sinne des edukativen Unterrichtes, den die Stadt für sinnvoll erachtet, sollten wir dennoch klarstellen, dass wir eine Geschlechtertrennung nicht befürworten, erst recht nicht aus religiösen Gründen.

(Beifall bei pro Köln)

Das Grundrecht auf freie Religionswahl und -ausübung gewährt im Übrigen keinen Anspruch auf einen geschlechtergetrennten Unterricht. In diesem Sinne bitte ich Sie um Zustimmung zu unserer Resolution. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es Wortmeldungen zu diesem Antrag? - Das ist nicht der Fall.

Dann können wir abstimmen. Wer ist für diesen Antrag? Ich bitte um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Damit ist er abgelehnt.

Wir kommen zu TOP 3.1.4:

3.1.4 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Protestkundgebungen vor Ratsitzungen" AN/0466/2013

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Wiener. Bitte schön.

Markus Wiener (pro Köln): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. - Meine Damen und Herren! Werte Besucher auf der Zuschauertribüne! Wir konnten jetzt alle eindrucksvoll miterleben, wie groß das Interesse der Altparteien beim Thema

Brandschutz, beim Thema Gleichstellung von Mann und Frau, beim Thema Armutszuwanderung ist. Wir sehen hier also lauter engagierte Volksvertreter bei einer wirklich engagierten, nervenaufreibenden Arbeit zu. Deswegen bin ich natürlich auch sehr optimistisch gestimmt, dass diese engagierten Volksvertreter der Altparteien auch bei diesem Thema voll mitarbeiten, so wie wir es von ihnen gewohnt sind. Sie tun wirklich etwas für ihr Geld. Da kann ich nur sagen: Respekt! - Ich bin stolz auf diesen Rat und auf diese Volksvertreter.

(Beifall bei pro Köln - Götz Bacher
[SPD]: Tosender Beifall!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf Sie einladen, jetzt bei diesem Thema wieder voll mitzuarbeiten und sich in die Debatte einzubringen, so wie es Ihr Mandat vorsieht, für das Sie Ihr Geld bekommen; denn dafür wurden Sie gewählt. Ich bitte Sie, Ihren demokratischen Pflichten nachzukommen, und erwarte eine lebhaftige Diskussion.

Es geht um eine Sache, die eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte, aber es in Köln nicht ist: Es geht um die Selbstverständlichkeit, dass alle Ratsmitglieder jede Ratssitzung unbeschadet an Leib und Leben besuchen können und in das Rathaus gelangen können. Ich denke, ich muss da gar nicht groß Rückgriff auf Weimarer Zeiten und Lehren aus der Vergangenheit nehmen. Denn für einen funktionierenden Parlamentarismus ist es elementar, dass Ratsversammlungen ohne körperliche Bedrohungen und Angriffe besucht werden können; das gilt sowohl für den Ratssaal als auch für den Weg dorthin. Nur leider ist das in Köln leider nicht selbstverständlich.

Wir mussten es in der Vergangenheit mehrfach erleben, dass Demonstranten gerade aus dem linksautonomen, linksextremen Bereich vor dem Rathaus waren und speziell die kritischen Volksvertreter der Bürgerbewegung pro Köln angegriffen haben, so auch vor der letzten Ratssitzung, als mehrere Mitglieder unserer Fraktion und auch Fraktionsmitarbeiter von mehreren Dutzend Linksautonomen körperlich angegriffen wurden. Es gab auch einen Polizeieinsatz, es gab einen versuchten Raubüberfall - unser Fraktionsnotebook sollte entwendet werden -, es gab Bedrohungen und Angriffe der übelsten Art hier direkt vor dem Rathaus.

Dabei muss man wissen, dass dort eine größere Demonstration stattgefunden hat, die auch von friedlichen Gegnern der Kürzungspolitik der Alt-

parteien besucht wurde, aber eben auch von mehreren Dutzend Linksextremisten. Dieser Umstand war bekannt: Die Polizei wusste das, die Stadtverwaltung wusste das; alle Fraktionen wurden vorab informiert, dass es Demonstrationen rund um das Rathaus gebe und Ausschreitungen nicht ausgeschlossen werden könnten. Es war also alles bekannt. Trotzdem war die Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit der Polizei offensichtlich nicht in der Lage, einen sicheren Zugang aller Ratsmitglieder zu gewähren. Da muss ich schon fragen: Wo leben wir denn eigentlich? - Das kann es doch wohl nicht sein. Wir sind doch in keiner Bananenrepublik oder in irgendeinem halbtotitären Staat à la Weißrussland, sondern in Deutschland. Ich will weiter stolz auf dieses Land und seinen Parlamentarismus sein können.

(Beifall bei pro Köln)

Wir fordern in unserem Antrag ganz konkret, dass in Zukunft, wenn wieder solche Demonstrationen aus dem linksextremen Bereich zu erwarten oder angemeldet sind, dafür Sorge getragen wird, dass zum einen die Zugänge relativ frei sind und nicht auch noch mit Bühnenaufbauten oder anderen Sachen verstellt sind und zum anderen mindestens ein Zugang besonders geschützt wird; das muss vorab gegenüber den Fraktionen kommuniziert werden. Eigentlich müssten alle dafür sein, wenn man denn nicht wollte, dass hier bestimmte Ratsmitglieder angegriffen werden; das unterstelle ich hier niemandem. Ich weiß: Sie alle sind darüber genauso empört wie ich, wenn hier ein Ratsmitglied angegriffen wird, auch wenn es ein Ratsmitglied der Fraktion pro Köln ist. Ich bin da von Ihrer demokratischen Lauterkeit vollkommen überzeugt. Deswegen bin ich auch überzeugt davon, dass Sie diesem sinnvollen Antrag nur zustimmen können, wenn Sie überzeugte und aufrichtige Demokraten sind. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von Jörg Uckermann [pro Köln])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es dazu weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann können wir direkt abstimmen lassen. Wer ist für diesen Antrag der Fraktion pro Köln? Ich bitte um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist er abgelehnt.

Wir kommen zu TOP 3.1.5:

3.1.5 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Zusammenlegung der Kommunal- und Oberbürgermeisterwahl 2014" AN/0467/2013

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben seit heute Morgen, 10 Uhr, ernsthafte Haushaltsplanberatungen hinter uns gebracht. Wir haben festgestellt: Bei der Stadt Köln, unserer Vaterstadt, wird es eng. Aus dem Adler im Stadtwappen ist ein Pleitegeier geworden. Da müssen wir schauen: Wo können wir sinnvoll sparen, ohne dass der Bürger darunter leiden muss? - Ein Ansatz wäre, dass wir die Kommunalwahl, die nächstes Jahr, 2014, stattfindet, mit der Oberbürgermeisterwahl, die für 2015 vorgesehen ist, zusammenlegen. Der Landesgesetzgeber hat ausdrücklich die Möglichkeit geschaffen, beide Wahlen zusammenzulegen, sodass der Stadtrat und der Oberbürgermeister an einem Termin gewählt werden. Der Landesgesetzgeber hat hier ausdrücklich eine Ausstiegsklausel für Oberbürgermeister geschaffen: Gerade wenn sie nicht so erfolgreich sind, haben sie die Möglichkeit, auszuscheiden. Das hat man auch unter dem Aspekt einer sinkenden Wahlbeteiligung getan, denn der Bürger merkt nun langsam: Du kannst hier machen was du willst; wenn die Politiker einmal gewählt sind - außer solche Leute wie die von pro Köln -, tut sich nichts; du brauchst gar nicht zur Wahl zu gehen.

Eine Demokratie lebt natürlich davon, dass der Bürger ein Interesse daran hat. Wenn man hingeht und die Wahlen so parzelliert, dann verliert der Bürger das Interesse; das ist ganz klar. Darum sollten wir in Köln diese beiden Wahlen an einem Tag stattfinden lassen. Das bringt uns eine Ersparnis von ca. 1 Million Euro; das ist so. Ein Wahlgang einer öffentlich-rechtlichen Wahl kostet mindestens 1 Million Euro, und diese Million können wir einsparen. Damit können wir viel Gutes für Kindergärten, für Jugendzentren, für den Sport in Köln tun.

Dass die Kostenschätzung sehr vorsichtig ist, zeigt die Tischvorlage vom gestrigen Tage, die uns der Stadtdirektor, der für Wahlen zuständig ist, auf den Tisch gelegt hat. Allein bei der Bundestagswahl kommt es jetzt nämlich zu einer Kostensteigerung um 72 000 Euro, weil die Stadt Köln angeblich keine entsprechenden Lokale mehr findet, in denen sie tagen und die Stimmen

auszählen kann. Ich dachte immer, nur pro Köln hätte Schwierigkeiten, einen Saal zu finden; aber Sie haben anscheinend auch das Problem und müssen, nur weil Sie an einem Nachmittag eine Halle anmieten müssen, um Stimmen auszuzählen, 72 000 Euro mehr ausgeben. Das ist ein gutes Geschäft für den Vermieter; ich denke, man sollte in Köln solch eine Halle betreiben.

Der Antrag der Bürgerbewegung pro Köln ist wichtig. Ihm müssten alle zustimmen, die heute gezetert haben, wo man überall kürzen müsse: dass man das Mittagessen in den Schulen teurer machen müsse, dass die Schwimmvereine nicht mehr so viel Zeit in den stadteigenen Bädern verbringen könnten, dass die Bürger höhere Gebühren zahlen müssten. Wenn Sie all das, was Sie heute Morgen hier gesagt haben, ernst nehmen, müssen Sie dem Antrag von pro Köln zustimmen.

Herr Oberbürgermeister, Sie persönlich haben es in der Hand. Schauen Sie, es ist jetzt nur noch ein Jahr bis zur Kommunalwahl. Da müssen die Bürger und die politischen Kräfte in Köln wissen, wie Sie sich entscheiden, ob Sie den Weg für einen Neuanfang freimachen, einen Weg, diese Kosten zu sparen, oder ob Sie bis 2015 ausharren wollen, in der Hoffnung, dass dann nur noch 20 Prozent der Bürger zur Wahl gehen und Sie dann irgendwie wieder durchkommen, Herr Roters. Ich denke, es ist ein Aspekt der Fairness, heute dem Rat zu sagen, ob Sie noch einmal antreten oder nicht und ob wir all das in einem Aufwasch machen können. Sie erleiden ja nicht das Schicksal von Herrn Sauerland, der wirklich an seinem Posten geklebt hat, weil die Versorgungsansprüche nicht geregelt waren. Das ist bei Ihnen kein Problem: Sie sind an sich gut versorgt. Wir müssen uns keine Sorgen machen, dass Sie unter Altersarmut oder, weil Sie die Stromrechnung nicht mehr zahlen können, unter Energiearmut leiden werden.

(Zurufe von der SPD)

Es gibt einen zweiten Punkt. Köln ist *die* Metropole in Nordrhein-Westfalen; unsere Stadtbezirke sind Großstädte. Da möchten wir die Bürger an der Auswahl der Bezirksbürgermeister beteiligen. Wir fordern die Verwaltung auf, zu prüfen, ob dies nicht in Direktwahl geschehen kann. Ich weiß, dass es viele Leute gibt, die sagen: An sich wähle ich die SPD; als ich damals jung war, war da der Willy Brandt, da habe ich immer SPD gewählt. - Aber wenn sie ihre Bezirksbürgermeister sehen, haben sie schon gewisse negative Gefühle. Da wollen wir die Demokratie stärken und dafür sorgen, dass die Bürger ihre Bezirksbür-

germeister wirklich direkt wählen können, damit nicht hinterher, wenn das Wahlergebnis feststeht, jemand ausgekungelt wird, den keiner haben will, den man vielleicht irgendwie abschieben will. Wir müssen die Bürger ernst nehmen, wenn wir diese Stadt voranbringen wollen. Ich bitte Sie hier um Ihre Zustimmung. - Danke.

(Beifall von pro Köln - Zuruf von Markus Wiener [pro Köln]: Bravo!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Jetzt schaue ich mich um: Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Antrag? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag der Fraktion pro Köln? - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3.1.6 in Verbindung mit Tagesordnungspunkt 3.1.9:

**3.1.6 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion betreffend "Neubau des Historischen Archivs"
AN/0529/2013**

**3.1.9 Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Neubau des Historischen Archivs - Zukunft der Kunst- und Museumsbibliothek"
AN/0576/2013**

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Der zweite Antrag ist hier noch nicht gefen! - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Er ist noch nicht umgedruckt!)

- Er ist noch nicht umgedruckt? - Er ist auf dem Weg und wird jeden Augenblick hier verteilt werden.

Herr Dr. Elster, Sie haben ihn schon gelesen. Ich erteile Ihnen schon einmal das Wort zu Ihrem Antrag.

Dr. Ralph Elster (CDU): Herr Oberbürgermeister, geben Sie mir noch ein bisschen Zeit?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ja. - Ich gehe davon aus, dass wir jetzt beide ge - einmal den Antrag der CDU, einmal den Antrag von SPD und Grünen - unter diesem Tages-

ordnungspunkt gemeinsam behandeln. - Da sehe ich keinen Widerspruch. – Bitte.

Dr. Ralph Elster (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Unser Antrag ist zunächst einmal - das möchte ich vorweg sagen - ein klares Bekenntnis zum Historischen Archiv am Eifelwall. Meine Damen und Herren, er ist auch ein klares Bekenntnis zum Gesamtprojekt, so wie wir es im Rahmen des Wettbewerbs beauftragt haben, mit dem Historischem Archiv, mit der KMB und mit dem Rheinischen Bildarchiv. - Das vorweg.

Der Antrag ist notwendig geworden, weil laut Presse plötzlich Verhandlungen geführt werden, an den üblichen Gremien vorbei, die normalerweise mit solchen Themen behelligt werden, wie zum Beispiel der Kulturausschuss. Plötzlich taucht in der Presse auf, dass man doch den Standort Eifelwall ganz aufgeben könne, dass man in Köln kein Archiv mehr brauche, maximal jedoch in Randlage, in peripheren Lagen, dass auch die Kunst- und Museumsbibliothek zur Disposition stehe. Wir haben heute Morgen gelernt: Das ist, was Rot-Grün unter Vertrauensschutz versteht.

Meine Damen und Herren, wir haben in vielen Jahren, seit 2009, mehrfach hintereinander einstimmige Ratsbeschlüsse zu diesem Thema gefasst,

(Beifall von Birgit Gordes [CDU])

die klarmachen, dass wir dieses große Projekt am Eifelwall realisieren wollen.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Man muss sich einfach einmal in die Lage der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter versetzen, die nach Köln kommen, um in unserem Archiv oder in der Kunst- und Museumsbibliothek zu arbeiten, die sich zum Wohle der Stadt einsetzen, aber über die Jahre hinweg immer wieder neue Sachlagen vorfinden: Archiv kommt, Archiv kommt nicht, KMB kommt, KMB kommt nicht. Das, meine Damen und Herren, kann nicht die Art und Weise sein, wie man als Souverän in einer Stadt mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern umgeht.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Es kann auch nicht sein, dass wir der Deutschen Forschungsgemeinschaft oder den Stiftern, die die Kunst- und Museumsbibliothek unterstützen, sowie den 15 000 Nutzern weltweit, die hier nach

Köln kommen, um die Kunst- und Museumsbibliothek zu nutzen, vor den Kopf stoßen, indem wir keine sinnvollen Planungen erlauben.

Wie das Ganze zustande gekommen ist, konnten wir teilweise rekonstruieren: Die selbsternannten Chef-Emissäre von Rot-Grün sind Richtung Universität marschiert, haben vertrauliche Verhandlungen geführt und zwei Tage später die Ergebnisse der vertraulichen Verhandlungen brühwarm der Presse erzählt. Auf diese Art und Weise haben sie natürlich die Universität selbst, eine große, wichtige Institution hier in der Stadt, in eine totale Schiefelage gebracht: Die Universität sah sich plötzlich genötigt, an jeder Stelle der Presse zu erklären, dass nicht die Universität die Verhandlungen abgebrochen habe, sondern die Politik in Köln. Meine Damen und Herren von Rot-Grün, liebe Chef-Emissäre, nicht „die Politik“ hat die Verhandlungen abgebrochen, sondern Sie. Der Rat der Stadt Köln hatte einen ganz anderen Beschluss gefasst.

(Beifall bei der CDU)

Der Rat der Stadt Köln hatte beschlossen, dass Herr Oberbürgermeister Verhandlungen mit dem Ziel führt, gemeinsam mit der Universität Köln die Kunst- und Museumsbibliothek zu betreiben. Wer die Verhältnisse kennt, der weiß genau, wie dringend notwendig das auch für die Universität ist. Denn die Universität selbst kann keine eigenen Kapazitäten mehr vorhalten. Sie ist darauf angewiesen, ein gemeinsames Projekt mit der Stadt Köln zu machen. Wenn man sich fachlich ein bisschen auskennt, dann weiß man, dass demnächst fast 40 Prozent der Arbeitsplätze mit Mitteln des Landes und der DFG fremdfinanziert werden könnten. Ein erhebliches Entgegenkommen der Verhandlungspartner ist offensichtlich zu erkennen. Aber die Chance auf eine Einigung ist von Ihnen riskiert und letztendlich verspielt worden. Das Vertrauen, meine Damen und Herren, das Sie da verspielt haben, ist schwer wiederzugewinnen. Es ist jetzt die Aufgabe des Oberbürgermeisters, die Dinge zu kitten und zu prüfen, wie man in dieser ganzen Angelegenheit weiter verfahren kann.

Es ist ganz klar, dass in Ihrem Antrag der Teil zum Archiv letztendlich mehr oder weniger überflüssig ist. Wenn Sie den Antrag gleich lesen - er wird wahrscheinlich nach Ende der Debatte verteilt -

(Beifall bei Teilen von CDU und von Jörg Detjen [Die Linke.]

dann werden Sie sehen, dass in die Arbeit von Frau Schmidt-Czaja hineindirigiert werden soll. Frau Schmidt-Czaja ist auf der Suche nach Interimsquartieren. Es ist völlig überflüssig, ihr jetzt einen solchen Auftrag zu erteilen.

Der Oberbürgermeister hat in Bezug auf die Kunst- und Museumsbibliothek ein Verhandlungsmandat. Wenn jemand die Verhandlungen vertrauensvoll und, Herr Börschel und Frau Moritz, hoffentlich mit langen Hosen führt, dann wird am Ende wahrscheinlich irgendetwas dabei herauskommen.

Was wieder einmal deutlich geworden ist, meine Damen und Herren: Rot-Grün kann nicht nur nicht verhandeln, Rot-Grün ist auch schlecht für die Stadt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu Frau Dr. Bürgermeister.

Dr. Eva Bürgermeister (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Dr. Elster, ich frage mich, zu welchem Antrag Sie eigentlich geredet haben. Ich habe konnte Ihren Antrag in Ihrer Rede nicht wiederfinden. In Ihrem Antrag fordern Sie nämlich, darzustellen, wie ein Archiv ohne die Kunst- und Museumsbibliothek aussehen könnte. Das hatte mit Ihrem Redebeitrag nun gar nichts zu tun.

Wir haben nicht nur aus diesem Grunde einen eigenen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der deutlich machen soll, worum es eigentlich geht. Er ist der Tatsache geschuldet, dass die Zeit drängt und wir verpflichtet sind, zu handeln, wenn wir verantwortlich Politik für diese Stadt machen wollen.

Zum Hintergrund. Bereits vor vier Jahren, im Jahr 2009, haben wir im Rahmen einer Beschlussfassung zur Frage des Standorts des Archivs entschieden, eine Unterbringung von Archiv und Kunst- und Museumsbibliothek in einem gemeinsamen Neubau vorzunehmen. Das Historische Archiv der Stadt ist ein überaus bedeutendes Kommunalarchiv - das wissen wir - und bietet als Kölner Stadtgedächtnis vielfältige Materialien für Wissenschaft und Forschung aus Europa und aller Welt.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Wir wissen das!)

- Wir wissen das auch, Herr Dr. Elster. - Urkunden und Akten der städtischen Verwaltung, von den mittelalterlichen Anfängen bis in die heutige Zeit, bilden zusammen mit zahlreichen Nachlässen bedeutender Persönlichkeiten eine dichte Überlieferung, die Antworten auf zahlreiche Fragestellungen an die Geschichte Kölns und des Rheinlands gibt. Insofern ist es eine sehr wichtige Institution. Es gibt für uns überhaupt keinen Zweifel daran, dass die Wiedergewinnung dieses kulturellen Erbes und Gedächtnisses für unsere Stadt von zentraler Bedeutung ist.

Um es ganz deutlich zu sagen: Bei der Planung und Realisierung des Archivneubaus an der Luxemburger Straße darf es keinen Verzug geben - auch daher dieser Antrag. Wir müssen daher über die vereinbarten Grundlagen nachdenken. Denn es gibt tatsächlich das eine oder andere dicke Fragezeichen; das könnte Änderungen nach sich ziehen. So könnte, wie wir hören, eine entscheidende Geschäftsgrundlage des beschlossenen Neubaus wegfallen. Das muss man klären - da haben Sie recht -, und zwar in vertrauensvollen Gesprächen. Es könnte aber sein, dass sich die Universität nicht an der Unterbringung der Kunst- und Museumsbibliothek in dem Neubau beteiligen will. Eine solche Beteiligung war aber bislang die Grundlage unserer Planungen. Da muss ich sagen: Ich bedauere es sehr, dass der zuständige Beigeordnete die Gespräche über eine Kooperation offenbar nicht zum Erfolg führen konnte.

Zur Kunst- und Museumsbibliothek. Sie ist eine ganz wichtige Einrichtung für die Kunst- und Kulturwirtschaft sowie für die Kunst- und Kulturwissenschaft in Köln. Wir hatten daher den Konsolidierungsvorschlag der Verwaltung zum Haushaltsplan 2010/2011 abgelehnt und die Verwaltung gebeten, Verhandlungen mit der Universität und dem nordrhein-westfälischen Wissenschaftsministerium aufzunehmen, mit dem Ziel, dass diese sich an den Kosten für eine gemeinsame Unterbringung beteiligen, also beim Betrieb der Kunst- und Museumsbibliothek eine Zusammenarbeit mit der Universität erreicht wird.

Auf der Basis des bisher erreichten Standes der Verhandlungen mit der Universität über die Zukunft der KMB lässt sich ein Neubau in der aktuell vorgesehenen finanziellen Größenordnung zum jetzigen Zeitpunkt nicht belastbar weiterplanen. Es sieht bedauerlicherweise so aus, als wäre vielleicht auch das von uns gewünschte Optimum - Kunst- und Museumsbibliothek und Archiv an einem Standort - nicht möglich. Sollten die Gespräche um die Beteiligung der Universität an diesem Standort, an der Luxemburger Straße,

tatsächlich endgültig scheitern, brauchen wir kurzfristig Antworten auf die Frage der Zukunft der Kunst- und Museumsbibliothek. Denn diese deutschland- und europaweit bedeutsame wissenschaftliche Institution ist ein wirklicher Schatz, mit vielfältigen Schenkungen von unterschiedlichsten Persönlichkeiten. Wir brauchen eine gute Lösung für die Kunst- und Museumsbibliothek, bei der die verschiedenen Standorte zusammengeführt werden.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Dann finden Sie eine Lösung! Wir haben eine!)

Sollte eine solche gemeinsame Trägerschaft im Archivneubau nicht realisierbar sein, sind mit der Universität unbedingt alternative Planungen zur Zukunft der Kunst- und Museumsbibliothek voranzutreiben.

Ich möchte zum Schluss ein paar Sätze zum Historischen Archiv sagen. Wie gesagt, wir wollen und brauchen ein bürgernahes Stadtarchiv. Der Neubau soll so schnell wie möglich, gegebenenfalls modifiziert, errichtet werden. Der Fortgang der Planungen duldet keinen Aufschub. Wir sollten die Zeit aber auch nutzen, um uns über einige Standards im Archiv Gedanken zu machen. Wir müssen zum Beispiel genau hinschauen, ob die technischen Anforderungen für die Archivierung, gemessen an vorhandenen Benchmarks für Archive, richtig oder vielleicht doch zu hoch sind. Wir müssen uns auch fragen: Können Investitions- oder Betriebskosten optimiert werden? - Hier geht es zum Beispiel um die Detailfrage, ob das Archivgut zum Archivar kommt oder der Archivar zum Archivgut geht. Daraus lassen sich sehr aufschlussreiche Fragestellungen im Zusammenhang mit der Klimatechnik in dem gesamten Neubau ableiten, die beantwortet werden müssen.

Es ist auch die Frage, ob das zukünftige Nutzerverhalten angesichts der fortschreitenden Digitalisierung ausreichend berücksichtigt ist.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Genau, Frau Dr. Bürgermeister! Das habe ich schon vor zwei Jahren geschrieben!)

Wir müssen auch die Fragen zu den Asylarchiven beantworten. Bis zur Inbetriebnahme des neuen Historischen Archivs an der Luxemburger Straße besteht die Notwendigkeit, die Archivaren sachgerecht unterzubringen. Dafür brauchen wir natürlich geeignete Lösungen - das ist richtig -, die sachgerecht und wirtschaftlich sind. Ich möchte auch betonen: Bei der Beantwortung dieser Fragen soll und muss natürlich der Fach-

beirat, der sehr prominent besetzt ist, einbezogen werden.

Meine Damen und Herren, es herrscht dringender Gesprächsbedarf, eventuell Nachbesserungs- und auf jeden Fall Handlungsbedarf. Damit wir keine Zeit verlieren, bitte ich um Unterstützung für unseren Antrag. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und bei Teilen vom Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Dann kommen wir zu Frau von Bülow.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Elster, ich muss sagen: Ich war von Ihrer Rede etwas irritiert. Ich dachte, es ginge um Lösungsorientierung und Zukunftsfähigkeit. Aber ich hörte Polemik und nichts, was die Sache voranbringt. Insofern muss ich sagen: Ich war über Ihren Beitrag schon fast verärgert.

Bereits in der letzten Sitzung des Unterausschusses Kulturbauten lag der Antrag, der heute hier vorliegt, als Dringlichkeitsantrag vor. Wir haben damals gesagt: Es gibt die Möglichkeit, vielleicht einen gemeinsamen Ratsantrag zu stellen. Wir haben darauf hingewiesen, dass wir natürlich am Thema dran sind. Leider haben Sie von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht; jetzt haben wir zwei Dringlichkeitsanträge. Das ist angesichts der Wichtigkeit des Vorganges, wie ich finde, sehr bedauerlich. Daher gibt es jetzt unseren Antrag sozusagen on top zu ihrem.

Es geht - das wissen wir alle - um die Kunst- und Museumsbibliothek und um den Neubau des Historischen Archivs, der am beschlossenen Ort erfolgen soll; das ist völlig unstrittig. Es ist auch unstrittig, dass es zügig vorangehen muss, damit der Baubeschluss zügig umgesetzt werden kann. Im Übrigen will ich festhalten: Heute spricht keiner von der Schließung der KMB.

(Zuruf von der CDU: Das kann ja noch kommen!)

Lassen Sie mich daran erinnern: Die Kunst- und Museumsbibliothek - das wissen alle hier im Raum - ist eine von drei bundesweiten Sammlungsschwerpunktbibliotheken. Ich betone: Während die Staatsbibliothek in Berlin eine Einrichtung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, also des Bundes ist, während die Bayerische Staatsbibliothek eine Landeseinrichtung ist, ist die Kunst- und

Museumsbibliothek eine Einrichtung, die nahezu allein über den städtischen Haushalt finanziert wird, und das ist das Problem. Das wissen Sie alle selber.

Die Wichtigkeit der KMB ist bereits angesprochen worden. Sie ist wichtig für die wissenschaftliche Arbeit der betreffenden Museen, denen sie zuzuordnen ist, und für hiesige und auswärtige Studierende, Journalisten, Forscher usw. - Das war eine kurze Erinnerung an die Kerndaten. Aber ich möchte bei der Erinnerungsarbeit weitergehen. Denn wäre es nach der Verwaltung gegangen, dann wäre die KMB als zentrales Angebot bereits vor drei Jahren zerschlagen worden und jetzt schon gar nicht mehr vorhanden. Bereits im Zuge der Haushaltskonsolidierung 2010/11 drohte der städtischen Kunst- und Museumsbibliothek im Jahr 2012 das Aus. Das sah die Planung des Kulturdezernates vor, das die KMB auf die Taskforceliste gesetzt hatte, um die Finanzierung mittelfristig auf null zurückzufahren. Ab 2012 hätte es keinen müden Euro mehr gegeben. Die Politik wollte das nicht; auch das ist vorhin schon gesagt worden. Sie wollte andere Wege gehen.

Um es in Erinnerung zu rufen: Da die Bibliothek mindestens zu 40 Prozent von Studierenden und mindestens zu 25 Prozent von Auswärtigen genutzt wird und die überregionale Bedeutung der Bibliothek sehr groß ist, haben Grüne und SPD damals die Verwaltung im Rahmen der Haushaltsplanberatungen beauftragt, zu prüfen, ob die KMB unter Umständen von der Stadt Köln zum Land NRW übergehen kann bzw. inwieweit eine angemessene Kostenbeteiligung und eine Kooperation möglich sind. Angesichts der Bedeutung der KMB für die Studierenden und wissenschaftlich Forschenden soll auch das Land Verantwortung übernehmen, so unsere Forderung von 2010. Diese Forderung gilt nach wie vor.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Wer regiert denn im Land?)

Schon vor drei Jahren war deutlich, dass eine Kommune allein, vor allem ohne Landes- und Bundesmittel, eine solche Bibliothek nicht stemmen kann. Wir haben viel über die Haushaltssituation gehört, die jetzt noch viel verschärfter als damals ist; umso mehr gilt dieser Satz auch heute. Entsprechend wurde schon damals die Verwaltung aufgefordert, Gespräche mit der Universität zwecks Kooperation und vor allem auch Kostenbeteiligung zu führen. Bisher, bis heute, gibt es unterschiedliche Berichte über diese Gespräche und die Ergebnisse. Aktuell zeichnet

sich eine neue Gesprächs- und Verhandlungsmöglichkeit ab. Wir wissen allerdings nicht genau über die Verhandlungen und ihren Stand Bescheid. Wir brauchen nun Klarheit darüber, ob es tatsächlich eine Bereitschaft zur Kooperation und Kostenübernahme gibt oder nicht. Um über die Zukunft der KMB zu entscheiden, um darüber zu entscheiden, wie es weitergehen kann, brauchen wir jetzt belastbare Fakten und Auskünfte, nachdem von der Verwaltung drei Jahre lang nichts zu hören war. Wir brauchen diese Auskünfte ohne weiteren Zeitverzug; ich glaube, das wird sehr deutlich.

Die Verwaltung bleibt nach wie vor aufgefordert, Lösungen zu erarbeiten - das können Sie unserem Antrag entnehmen -, um den Bestand der KMB zu sichern und zugänglich zu machen. Sie bleibt aufgerufen, Kooperationspartner zu suchen, und sie bleibt aufgerufen, das Wissenschafts- und das Kulturministerium des Landes anzusprechen und gegebenenfalls auch den Bund in die Verantwortung zu nehmen.

Es wäre nicht hinnehmbar, wenn der notwendige Neubau des Historischen Archivs am Eifelwall aufgrund der offenen Fragen zur KMB Verzögerungen erfahren würde. Diesem Problem widmet sich der erste Teil unseres Antrages: Die Verwaltung soll Szenarien für den Fall entwickeln, dass die KMB nicht in der gedachten Form zu erhalten ist, damit der Archivbau auch in diesem Fall ohne Zeitverschwendung fortgesetzt werden kann. Auch die Unterbringung der Archivarien bis zur Inbetriebnahme des neuen Historischen Archivs gilt es zu klären und zu regeln. Ich weiß, dass Frau Schmidt-Czaia da schon in Verhandlungen steht und sehr aktiv ist. Das gilt es zu würdigen und immer wieder hervorzuheben. Mit Freude haben wir in der letzten Sitzung des Unterausschusses Kulturbauten die Bemühungen des Historischen Archivs zur Kenntnis genommen, Bau- und Klimastandards zu optimieren; auch in unserem Antrag taucht dieser Punkt auf.

Es bleibt kein Spielraum: Nach drei Jahren Unklarheit gilt es, endlich Klarheit zu schaffen. Die Planungen für das Archiv müssen weitergehen, so oder so. Wir brauchen belastbare Fakten. Daher ist der vorliegende Antrag, für den ich um Zustimmung bitte, für uns sehr wichtig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau von Bülow. - Wir kommen dann zu Herrn Breite.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Verehrte Frau Bürgermeister, verehrte Frau von Bülow, Glaubwürdigkeit, Zuverlässigkeit und Ehrlichkeit sehen anders aus als das, was ich von Ihnen hier gerade gehört habe.

(Beifall bei Teilen von FDP und CDU)

Es passte irgendwie zu heute Vormittag. Denn was die beiden antragstellenden Fraktionen, SPD und Grüne, hier verschweigen, ist, dass es einmal vier Fraktionen gewesen sind, die zusammen verhandelt haben und gesagt haben: Wir möchten einen Neubau des Historischen Archivs; wir vier Fraktionen stehen dazu, einen Wettbewerb zu machen; wir vier Fraktionen stehen dazu, diesen Standort zu nehmen. - Diese vier Fraktionen haben das beschlossen; sie haben auch den Wettbewerbsentwurf hier beschlossen. Und jetzt kommen Sie an und wollen alles wieder ändern,

(Beifall bei Teilen von FDP und CDU)

weil Sie eine Mehrheit haben. Aber wer kann Sie noch als Verhandlungspartner ernst nehmen, meine Damen und Herren, wenn Sie das ignorieren, was wir im Rat beschlossen haben?

(Beifall bei FDP und CDU - Zuruf von der CDU: Genau!)

Vier demokratische Fraktionen haben hier mit solch einer großen Mehrheit Beschlüsse gefasst. Ich war bei mehreren Runden dabei; die Finanzpolitiker wurden hinzugezogen. Wir von der FDP hatten beim Standort andere Vorstellungen, haben aber im Laufe der Verhandlungen gesagt: Es geht um das Ziel. - Wir haben dem zugestimmt. Wir stehen zu den Ergebnissen der Verhandlungen der vier Fraktionen. Ich sehe aber an Ihrem Antrag, dass sich hier zwei Fraktionen in die Büsche schlagen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei FDP und Teilen von CDU)

Es ist nicht vertragstreu, sich so zu verhalten, nachdem vier Fraktionen etwas zusammen beschlossen haben; das kann so nicht funktionieren.

Jetzt höre ich, dass der Standort gewechselt werden soll. Darüber gab es keine Gespräche. Nein, wir durften es aus den Zeitungen erfahren.

(Zurufe von SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Es wurde über einen Standort irgendwo auf der grünen Wiese, neben einem Baumarkt oder sonst etwas, diskutiert.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das stimmt doch gar nicht! Gerüchtekocher!)

- Jetzt haben Sie das wieder zurückgenommen. - Es wurde auch nie mit den anderen Fraktionen über das diskutiert, was einmal beschlossen worden war, nämlich die Kunst- und Museumsbibliothek zu integrieren.

Dann war die Überlegung - das ist richtig -, sich mit der Zwischenfinanzierung zu beschäftigen. Aber haben wir, die Verhandlungspartner der vier Fraktionen, gesagt, dass Herr Börschel und Frau Moritz zur Universität gehen sollen? - Nein, wir haben die Verwaltung beauftragt, Gespräche zu führen.

(Beifall bei Teilen von FDP und CDU)

Wer hat sich dann plötzlich eingemischt, meine Damen und Herren? - Es waren Frau Moritz und Herr Börschel. Seien wir doch mal ehrlich: Wir haben im Unterausschuss Kulturbauen gehört, dass Herr Quander mit der Universität verhandelt hat; sie wollte etwa 1 Million Euro geben. Das hat Frau Moritz und Herrn Börschel nicht erreicht. Sie wollten selber verhandeln, weil sie meinten, sie könnten es besser. Was ist herausgekommen? - Nichts, meine Damen und Herren.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist üble Nachrede!)

Die beiden haben sich verzockt. Das ist doch das Ergebnis, und das wollen Sie uns jetzt hier präsentieren.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wir haben heute erlebt, welche Haltbarkeit Ihre Entscheidungen haben. Dies ist eindeutig ein gutes Beispiel dafür; das kann man nicht bestreiten.

(Beifall bei Teilen von FDP und CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir stehen dazu, was die vier Fraktionen einmal zusammen beschlossen haben, nämlich diesen Standort, einen Wettbewerb und diese Größe.

Kommen Sie von Rot-Grün jetzt bitte nicht damit, dass sich die finanzielle Lage verschlechtert hat. Wenn Sie sich einmal die Zahlen anschauen, sehen Sie, dass die finanzielle Lage in Köln zur Zeit des Beschlusses - beim Abgang eines be-

stimmten Bundesfinanzministers und vor Beginn der Regierungszeit von Schwarz-Gelb in Berlin - viel schlimmer als heute war. Wir gehen jetzt in der Planung davon aus, dass wir Gewerbesteuererinnahmen von über 1 Milliarde Euro haben. Wir wären damals froh gewesen, knapp darunter zu bleiben; es waren gut 900 Millionen Euro. Nein, die finanzielle Lage war damals schlechter. Ihre Argumentation gilt nicht. Darum sage ich Ihnen: Wenn man so etwas überhaupt ändern will, dann steigt man mit den Partnern in Verhandlungen ein, mit denen man es beschlossen hat - das waren vier Fraktionen -, und bringt nicht nur einen Dringlichkeitsantrag ein. - Danke schön, meine Damen und Herren.

(Beifall bei FDP und CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das war Herr Breite. - Eine Anmerkung von Frau Moritz.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Moment! Zunächst einmal die Rede!]

- Sie wollte nur eine direkte Anmerkung machen. - Bitte.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte eine persönliche Erklärung zu den zweimal geäußerten Anwürfen machen.

Hier werden Gerüchte als Fakten verkauft. Wir haben keine Verhandlungen geführt. Wir haben auf Antworten der Verwaltung gewartet - ein Jahr, zwei Jahre, drei Jahre -, haben immer wieder nachgefragt und keine Ergebnisse bekommen. Wir haben uns lediglich nach dem Stand der Verhandlungen erkundigt. - Danke schön.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Als Nächstes kommt dann Herr Detjen.

(Zurufe von pro Köln: Hallo! Herr Oberbürgermeister!)

- Entschuldigung, ich habe es nicht gesehen. Es lag vorher keine Meldung vor.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Müssen wir uns jetzt quasi voranmelden?)

- Nein. Die anderen Fraktionen hatten sich verständigt. Bitte.

Jörg Uckermann (pro Köln): Kein Problem, Herr Roters. Das kriegen wir schon hin. - Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es war gar nicht so schlecht, dass sich Frau Moritz jetzt hier offenbart hat. Es geht um das Thema der Geschäftsführung ohne Auftrag, das heißt das Auftauchen von Herrn Börschel und Frau Moritz bei der Universität, um dort Verhandlungen zu führen. Professor Quander hat es in der letzten Sitzung bestätigt: Er hat einen Brief von der Universität bekommen, in dem er um Auskunft gebeten wurde, wer eigentlich hier in der Stadt die Verhandlungsführung innehat, ob es die Verwaltung ist oder ob es Frau Moritz und Herr Börschel sind, die sich irgendwann zusammentaten und beim Rektor aufschlugen, um dort eigenständig Verhandlungen zu führen, an der Verwaltung vorbei. Natürlich waren es explizite Verhandlungen, Frau Moritz. Professor Quander hat es uns doch schriftlich vorgelegt, dass Sie da viel Porzellan zerschlagen haben und die Uni sich jetzt bedeckt hält. Die Uni weiß nämlich gar nicht mehr, wer in der Stadt Köln ihr Ansprechpartner ist. - Das musste erst einmal klargestellt werden.

Was auch klargestellt werden muss, ist der komische Antrag von den Unionschristen, der uns hier vorliegt. Da heißt es, der Antrag sei ein Bekenntnis zum Standort. Im Antrag selber ist davon nichts zu lesen. Genau denselben Antrag haben Sie im Unterausschuss Kulturbauten vorgelegt, der hier federführend ist. Dann haben Sie festgestellt, dass Sie an sich eine Mehrheit haben, aber nicht genug von Ihren Leuten bei der Sitzung waren. Ich weiß nicht, ob das an der Höhe des Sitzungsgeldes lag oder nicht. Sie waren nicht vollständig, und dann haben Sie den Antrag nicht durchbekommen. Also kommen Sie jetzt mit dieser Sache in den Rat. Genau so ist es gewesen: Sie hatten Ihre Leute nicht beisammen, dann hatten Sie keine Mehrheit, also wollen Sie jetzt hier im Rat großes Theater machen.

Bei einem solchen Projekt - das muss man sich einmal vorstellen -, das über 100 Millionen Euro kosten wird und bei dem Sie schon den Standort festgelegt haben, wollen Sie jetzt erst einmal eine detaillierte Kostenschätzung erhalten. Das ist ja interessant. An sich klärt man doch erst einmal: Wie viel Geld habe ich zur Verfügung? - Danach fängt man an, zu planen. Aber das kann man von Ihnen nicht verlangen. Sonst wäre die Stadt ja nicht pleite. So einfach ist das.

(Beifall bei pro Köln)

Das ist ein Gewurschtel; es zieht sich wie ein roter Faden durch die ganze Geschichte.

Das Archiv ist nun einmal durch Fremdverschulden oder Eigenverschulden - keiner kann es im Prinzip zum heutigen Zeitpunkt sagen - eingestürzt. Das heißt, die Stadt Köln ist jetzt mehr oder weniger in der Pflicht - sie kann es sich nicht aussuchen -: Sie muss ein entsprechendes Gebäude errichten; das ist klar. Die Stadt sagt immer wieder: Wir bekommen das Geld dafür; man kann also das Geld nehmen, wie man will, und aus dem Vollen schöpfen; irgendeiner wird uns das Geld schon geben.

Wir haben in allen Ausschüssen, die damit befasst sind - ob es im Hauptausschuss, im Finanzausschuss oder im Unterausschuss Kulturbauten ist -, immer wieder gefragt: Wissen Sie denn jetzt, wie viel Geld wir vom Verschulder bekommen? - Da wird uns immer gesagt: Das wissen wir nicht, aber es wird genug sein. - Seit 2009 sind Sie mit den Planungen beschäftigt, und heute wollen Sie erstmals eine detaillierte Kostenschätzung haben.

Sie wissen auch noch nicht, was Sie alles im Gebäude unterbringen wollen. Jetzt haben wir solch einen Schatz wie die Kunst- und Museumsbibliothek; das würde sich manch andere Stadt wünschen. Professor Quander hat gesagt: Eine Stadt wie New York wäre stolz, wenn sie so etwas hätte. - Sie wollen jetzt die Kunst- und Museumsbibliothek, die historisch gewachsen ist, offenbar zerschlagen. Jetzt besteht die Möglichkeit, alles unterzubringen. Wir haben einen guten Standort. Man könnte mit der Uni gut zusammenarbeiten, Wissenschaft und Kultur Hand in Hand. Aber nein, da gehen Herr Börschel und Frau Moritz morgens zur Uni und treten da groß auf - so ist es ja -, mit der Konsequenz, dass sich die Uni offiziell an die Stadt Köln wendet. Professor Quander hat den Brief vorgelesen und gefragt: Wer hat in der Stadt Köln das Sagen? Muss ich jetzt damit rechnen, dass jeden Morgen irgendwelche Ratsmitglieder in der Uni auftauchen und sagen: „Ich will Verhandlungen führen“? - Oder wollten Sie morgens nur Kaffee und ein paar Schnittchen haben? Das ist die Frage; das weiß man nicht. Aber die Uni hat gesagt: Unter den Bedingungen wollen wir gar nicht mehr mit Ihnen reden.

Man hört von der SPD, das Land müsse sich beteiligen. Herr Börschel, Sie sind doch finanzpolitischer Sprecher der SPD im Landtag. Tun Sie doch mal etwas für Ihr Geld!

(Beifall von Markus Wiener [pro Köln])

Sie haben hier heute Morgen schöne Reden gehalten. Dass man solch einen Antrag überhaupt stellen muss! Ich sage Ihnen: Es ist doch selbstverständlich, dass die Verwaltung erst einmal eine Kostenschätzung vorlegt, bevor man sich ein Grundstück aussucht und zu bauen beginnt.

Meine Damen und Herren, ein solches Vorgehen können wir Köln nicht antun. Wir hoffen, dass Sie hier mit uns, mit der Bürgerbewegung pro Köln, zur Sachebene zurückkehren, denn wir wollen selbstverständlich das kulturelle Erbe Kölns und Europas sichern. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommt nun endgültig Herr Detjen. Bitte schön.

(Markus Wiener [pro Köln]: Was für ein Kontrast!)

Jörg Detjen (Die Linke.): Meine Damen und Herren! Herr Oberbürgermeister! Ich hoffe, Sie haben noch Lust auf die Diskussion. - Ich kann mich sehr gut an eine wichtige Veranstaltung erinnern: die Trauerfeier anlässlich des Todes von Frau Ludwig. Auf der Veranstaltung ist davon berichtet worden, dass Frau Ludwig der Kunst- und Museumsbibliothek 8 000 Bücher gestiftet hat. In dem Zusammenhang haben Sie, Herr Oberbürgermeister, gesagt: Es ist klar, dass die Kunst- und Museumsbibliothek bestehen bleibt und im Historischen Archiv untergebracht wird.

(Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ja, wenn sie bestehen bleibt!)

- Immerhin. Das ist auch schon mal ein Wort, Herr Oberbürgermeister. - Mit dieser Veranstaltung war für mich eigentlich klar, dass wir diesen Weg gehen. Dann hatte der Rat auch beschlossen, die KMB im Historischen Archiv unterzubringen.

Meine Damen und Herren, im Moment machen die Grünen ein bisschen Tabula rasa.

(Winrich Granitzka [CDU]: Was ist jetzt?)

- Tabula rasa. Das kennen Sie vielleicht nicht. Ich komme aus dem norddeutschen Raum. Vielleicht kommt es ja daher; ich weiß es nicht.

(Winrich Granitzka [CDU]: Nee! Das ist Latein! - Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

- Es ist ja interessant, Herr Granitzka, dass die Grünen Sie schon in Schutz nehmen. Ich hoffe, wir werden uns trotzdem noch in der Frage der Kunst- und Museumsbibliothek einig; Herr Elster hofft das auch.

Ich möchte im Zusammenhang mit der Diskussion um das Historische Archiv Herrn Rossmann zitieren, der unsere ganze Diskussion in einer Meldungsspalte der *FAZ* mit der Überschrift „Gedächtnisschwund“ zusammengefasst hat. Ich will nur den letzten Satz vorlesen:

Köln könnte sich dann ganz viel Zeit lassen mit dem Neubau am Eifelwall (oder anderswo?) und wenn nicht den Kopf, doch so sein Gedächtnis an die Landeshauptstadt verlieren.

Das war Herr Rossmann zu der Frage, ob man die Archivalien nach Düsseldorf bringen sollte, was in einem Zusammenhang mit der ganzen Diskussion steht. Man spottet also schon bundesweit.

Meine Damen und Herren, zu der Frage, wie man die Bestände der Kunst- und Museumsbibliothek unterbringen kann, gibt es den Brief der Museumsdirektoren, der eindeutig ist. Er besagt: Wir können nicht einfach die Bestände unterbringen bzw. unsere Bibliotheken sind sanierungsbedürftig. - Ich möchte noch einmal eindringlich auf diesen Brief hinweisen. Er beinhaltet eigentlich die klare Ansage aus dem Bereich der Museumsdienste, dass die Lösung, die Kunst- und Museumsbibliothek im Historischen Archiv unterzubringen, die beste ist. Frau Moritz, das müssen Sie sich vor dem Hintergrund, dass Sie in der ganzen Angelegenheit so forsch vorgehen, auch noch einmal anschauen.

In dem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass wir im Moment verschiedene chaotische Diskussionen haben: zur Archäologischen Zone, zum Historischen Archiv usw. usf.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Und du springst überall drauf!)

- Nein, überhaupt nicht.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Doch! Überall springst du drauf!)

Bei der Kunst- und Museumsbibliothek hatten wir die ganze Zeit, schon immer den gleichen Standpunkt. Bei der Archäologischen Zone sind wir – ich sage es mal so – Bedenkenträger.

Das Interessante am Vorschlag von Martin Stankowski – ich teile ihn nicht –: Er veranlasst Sie dazu, eine Debatte darüber zu eröffnen, was für eine Museumslandschaft wir brauchen. Diese Debatte hätten wir vor ungefähr zehn Jahren führen müssen. Wir haben sie in der Stadtgesellschaft aber nicht geführt.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Doch!)

- Ich kann mich daran nicht so erinnern.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Mag sein!)

Auf jeden Fall ist diese Debatte nicht so geführt worden, dass ein Gesamtkonzept entstanden wäre.

Jetzt muss man doch Folgendes sehen: Das Projekt des Historischen Archivs und der Kunst- und Museumsbibliothek ist zumindest einmal ein Projekt, bei dem man etwas zusammengelegt hat. Es ist zwar etwas Neues, aber das Historische Archiv müssen wir sowieso errichten, Frau Moritz, weil es eine Pflichtaufgabe ist. Jetzt haben wir gesagt: Okay, wenn wir das schon bauen müssen, dann siedeln wir dort auch etwas an, das wir schon haben, damit wir nicht etwas Weiteres bauen müssen. – Das ist doch von der Systematik her ein vernünftiger, richtiger Schritt. Aber dieser richtige Schritt soll jetzt zurückgenommen werden. Das ist doch absurd. Wir befinden uns in der gesamten Diskussion um die Museumslandschaft in einer schwierigen Situation. Da gibt es sozusagen eine kleine Sache, bei der man sagen kann: Na ja, es ist vernünftig und gut - genau so ist es gut.

Sie haben völlig recht, wenn Sie sagen: Es ist gut, dass sich der LVR beteiligt. – Das sehe ich genauso. Es wäre dumm, diese Unterstützung mit Füßen zu treten.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Ist das eigentlich ein Thema?)

Das tun Sie nicht – gar keine Frage -, und ich will es auch nicht tun. Wir haben hier dennoch ein Projekt, bei dem zwei Projekte zusammengelegt werden sollen. Meine lieben Damen und Herren, lassen Sie uns doch daran festhalten.

Schlussbemerkung. Die ganze Diskussion über die Frage der Universität hat eine Vorgeschichte. Die Vorgeschichte ist, dass SPD und Grüne im Landtag mit der Landesregierung gesprochen haben. Die Landesregierung hat gesagt: Nein, nein, von uns gibt es kein Geld. – Das heißt, die

ganze Diskussion um die Unibibliothek war sozusagen der Folgeschritt. Dabei ist nicht viel herumgekommen. Jetzt soll der arme Herr Quander sozusagen derjenige sein, der an allem schuld ist. Dabei liegt da doch gar nicht das Problem. Vielmehr ist eine strategische Frage das Problem: Es muss ein Weg gefunden werden, damit Kultureinrichtungen von regionaler Bedeutung in unserer Metropole auch regional gefördert werden. Da ist das LVR-Projekt gut; der Gedanke ist richtig. Wir müssen das Problem noch einmal mit dem Land diskutieren. Das Land zieht sich aus all diesen Sachen heraus: Denkmalschutz usw. usf. Deswegen müssen wir diesen Weg gehen und mit dem Land diskutieren. Da können Sie jetzt nicht sagen: Die Universität will es nicht usw. usf. – Die Universität kann doch das Kulturproblem, das wir haben, nicht einfach lösen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ein Wissenschaftsproblem, kein Kulturproblem!)

- Ich hoffe es. Es wäre ja gut, wenn es zu einer Einigung käme. Ich bin dafür.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Es ist ein Wissenschaftsproblem!)

- Es ist ein wissenschaftlicher Betrieb, genau. Aber es ist völlig verkehrt, meine Damen und Herren, an dieser Stelle – wir sind in einer schwierigen Situation - eine Rolle rückwärts zu machen. – Danke.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann haben wir noch zwei Wortmeldungen, eine von Herrn Henseler und eine von Herrn Zimmermann.

Andreas Henseler (Freie Wähler): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich bin nicht jemand, der die Diskussion im Einzelnen verfolgt hat. Ich habe nicht in den Ausschüssen gesessen und habe auch die Vordebatten nicht geführt, sondern habe das Ganze – wie ich es auch heute Morgen in meinem Beitrag gesagt habe – nur in der Zeitung verfolgt, wie das viele andere tun. Ich finde die Diskussion auch nicht chaotisch. Vielmehr glaube ich, dass die Diskussion der Zeit angemessen ist. Dass wir eine öffentliche Debatte in unserer Stadt haben, Herr Detjen, über die Sinnhaftigkeit von Großprojekten und ihre Substanz insgesamt, halte ich für

nachvollziehbar. Die Menschen in der Stadt wissen, dass Planungen, die vor zwei oder drei Jahren gemacht worden sind, wahrscheinlich so nicht mehr umgesetzt werden können. Deswegen gehört das für mich auch zusammen: die Diskussion über das Historische Archiv und die Diskussion über die Archäologische Zone und das jüdische Museum. Ich finde, es ist notwendig, Beiträge, die in der Öffentlichkeit gemacht worden sind, wie der von Werner Peters und der von Martin Stankowski, auch wenn sie sich in vielen Punkten unterscheiden, zusammenzufassen. Das halte ich für nötig. Es ist auch Aufgabe des Rates, dies zu tun.

Ich finde auch, es ist überflüssig, sich in dieser Situation über solche - ich sage mal - Kleinigkeiten derart auseinanderzusetzen, geradezu in die Wolle zu geraten. Wenn Frau Moritz sagt: Es ist nicht übliche Praxis, dass man sozusagen neben der Verwaltung Verhandlungen führt, dann ist das in Ordnung. Ich halte es auch für Quatsch, das so zu machen. Kein vernünftiger Mensch würde das tun. Die Verwaltung ist für solche Sachen zuständig. Demnächst gibt es wieder eine Kulturdezernentin. Dann wird sie mit diesen Organen verhandeln, und die Fraktionsvorsitzenden werden sich der gebotenen Zurückhaltung zu befleißigen haben. Sonst hätte man eine Fraktionsverwaltung, und das ist eigentlich nicht gewollt. Da gibt es eine vernünftige Arbeitsteilung; das war zu meiner Zeit auch so.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Der kennt sich aus!)

Wenn ich jetzt in den Pulverdampf hineinpuste, der hier produziert worden ist, gewinne ich den Eindruck, dass die beiden Anträge gar nicht so weit auseinander sind. Lesen Sie sich doch mal die beiden Anträge in der Substanz durch!

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir brauchen keine Nachhilfe!)

Ich finde, dass sie gar nicht so weit auseinander sind. Sie können ja sagen: Uns ist dieser Disput wichtig. Das ist für die Debattenkultur in einem solchen Rat eine Notwendigkeit. - Aber wenn ich die beiden Anträge vergleiche, komme ich zu dem Schluss, dass sie von der Substanz her nicht so weit auseinander sind.

Ich finde den Antrag von Rot-Grün an vielen Punkten - wenn ich Ihnen das so sagen darf, Herr Granitzka - besser begründet. Dass er sich wesentlich von dem Antrag der CDU unterscheidet, kann ich nicht nachvollziehen. Weil er aber

eben besser und präziser ist, werde ich für die Freien Wähler diesem Antrag zustimmen.

(Volker Görzel [FDP]: Oh! Richtungswechsel!)

- Das ist kein Richtungswechsel.

(Volker Görzel [FDP]: Doch!)

- Nein, ich finde, dass es im Rat möglich sein muss und auch notwendig ist, eine Debatte in der Sache zu führen. Und in der Sache ging es der CDU offenbar darum, in der gebotenen Kürze eine Initiative zu ergreifen. Die anderen hatten wohl etwas länger Zeit, das auszuarbeiten. Das kann man ja zur Kenntnis nehmen. Das kann man vielleicht auch würdigen, ohne sich gegenseitig zu beschleunigen, man wäre ein schäler Kopp. Ich halte das für überflüssig. Die Leute draußen in der Stadt verstehen das sowieso nicht.

Ich denke, dass man sich an der Stelle zusammenraufen sollte und dass wir jenseits der vergifteten Diskussion, die ich heute Morgen hier wahrgenommen habe, zu einigen anderen wichtigen Fragen, die für diese Stadt auch noch eine zentrale Bedeutung haben, zu einer gemeinsamen Diskussion finden sollten. Wenn ich mir vorstelle, dass Sie nachher einen Antrag wie den zur vorzeitigen Inbetriebnahme nur deswegen anders abstimmen, weil irgendwas sozusagen aus Gnatz zustande kommt, dann frage ich mich: Wenn das Kommunalpolitik in Köln ist, wo führt das hin? Also: Wir, die Freien Wähler, stimmen dem Änderungsantrag von Rot-Grün zu. - Vielen Dank.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Bitte, bitte. - Herr Zimmermann, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Positive an der Debatte ist - das höre ich hier heraus -, dass sich offensichtlich niemand hier traut, zu sagen, dass er die KMB zerschlagen oder sie gar auflösen möchte. Das ist eine positive Nachricht, wenn man so will.

Den Beschluss, so wie er ursprünglich einmal gefasst worden ist und auch die Planung des Archivneubaus am Eifelwall beeinflusst hat, habe ich mit Freuden mitgetragen - ich hatte das auch schon in meiner Haushaltsrede erwähnt -, weil ich gedacht habe: Mensch, nach dieser furchtbaren

Katastrophe, die am alten Standort des Historischen Archivs passiert ist, bekommen wir jetzt ein neues, großes, modernes Historisches Archiv plus Rheinisches Bildarchiv plus Kunst- und Museumsbibliothek an einem wirklich prima Standort, einem qualifizierten Standort, einem Wissenschaftsstandort. Das ist mal eine große Lösung. Natürlich kann das die Opfer des Einsturzes nicht wettmachen; aber damit wird wirklich ein Zeichen in der Stadt gesetzt: für die Wissenschaft und für das Archiv.

Schon als die Verwaltung 2009 den Einsparvorschlag einbrachte, die KMB zu zerschlagen, gab es einen recht großen Aufstand in Wissenschaft und Kultur. Rot-Grün und andere waren damals so schlau, dem nicht nachzugeben, sich zu diesem Standort zu bekennen und die KMB am Eifelwall zu integrieren. Umso mehr habe ich mich gewundert, als das im Unterausschuss Kulturbauten jetzt plötzlich infrage gestellt wurde. Offensichtlich wurde das selbst eruiert durch Gespräche, die man mit der Uni geführt hat. Dass dies Ärger bedeuten würde und in der Öffentlichkeit falsch oder zumindest eigenartig herüberkommt, hätte Ihnen, Frau Moritz und Herr Börschel, eigentlich klar sein müssen, zumal ja auch Sie nicht wirklich belastbares Material dazu vorlegen können. Es gibt ja bis heute kein offizielles Nein der Universität zur KMB und zum Historischen Archiv. Insofern, würde ich sagen, sollte man die Verhandlungen erst einmal in Ruhe weiter führen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: In Ruhe? Wie viele Jahre denn noch?)

- Ja, natürlich weisen Sie zu Recht darauf hin, dass der Abschluss der Verhandlungen dringend notwendig ist, um jetzt mit dem Bau beginnen zu können; man muss schließlich wissen, in welcher Größe gebaut werden muss. Was mich dennoch ein bisschen wundert, ist, mit welcher Schnelligkeit Sie diesen Beschluss jetzt kippen wollen. Wir hatten einen Unterausschusstermin; das ist jetzt gerade mal eine Woche her. Heute haben wir die Ratssitzung. Eine Debatte über eine so wichtige Entscheidung konnte doch überhaupt noch gar nicht stattfinden. Stattdessen wird nur hektisch agiert, und das vielleicht auch noch auf Grundlage falscher oder unvollständiger Informationen. Also, ein paar Tage oder ein paar Wochen muss man sich schon dafür Zeit nehmen. Wir müssen erst erfahren, was die Universität wirklich will.

Zum Raumprogramm: Sie wollen da 30 Millionen Euro einsparen. So wie ich das im Unteraus-

schuss Kulturbauten bislang immer verstanden habe - das steht ja auch im Beschluss -, betrifft das eine Fläche, die die KMB gemeinsam mit der Universitätsbibliothek nutzen sollte, die dort ihre Bestände zum Teil mit unterbringen sollte. Wenn die Uni das nicht wollen würde, könnte man natürlich trotzdem bauen, wenn auch nicht in dieser Größe. Wenn man den Bau etwas kleiner hielte, könnte doch auch schon etwas Geld eingespart werden.

Zur Verteilung der Bestände an die Museen: Es wurde hier schon von Herrn Detjen erwähnt, dass alle Museumsleiter direkt gesagt haben: Das geht nicht; dafür gibt es keinen Platz. - Ich wünsche mir, dass Sie auch bei der KMB erkennen - bei der Archäologischen Zone und beim jüdischen Museum sprechen Sie ja auch oft von den herausragenden Alleinstellungsmerkmalen -, dass das wirklich eine fantastische Bibliothek ist, die viel zum Ruf der Kunststadt Köln beigetragen hat, dass das eine wichtige Bibliothek ist, dass wir dazu stehen, auch wenn wir die einzige Stadt sind, die eine solche Bibliothek aus eigener Tasche bezahlen, dass wir das eben auch als ein Alleinstellungsmerkmal begreifen und dass wir diese großartige Lösung, wie wir sie bislang gefunden hatten, weiter verfolgen.

Ich lehne die Änderungsanträge ab, weil ich denke, dass wir beim ursprünglichen Beschluss bleiben sollten. - Danke schön.

(Beifall bei Winrich Granitzka [CDU] und Jörg Detjen [Die Linke].)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Damit ist die Debatte zu diesem Thema abgeschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wir beginnen mit der Abstimmung über den weitestgehenden Antrag, dem Antrag von den Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer für diesen Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD und der Grünen sowie Herr Henseler.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Und der Oberbürgermeister!)

Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag so angenommen.

Damit entfällt die Abstimmung über den Antrag der CDU, weil der weitergehende Antrag angenommen worden ist.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3.1.7:

3.1.7 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion betreffend "Kurzfristige Schaffung zusätzlicher Plätze im Offenen Ganzttag" AN/0554/2013

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/0570/2013

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0578/2013

Wir beginnen mit der CDU. Bitte schön.

Helge Schlieben (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte beginnen mit ein paar Auszügen aus Briefen, die wir bekommen haben:

(Zurufe von Bündnis 90/Die Grünen: Kennen wir!)

Sehr geehrter Herr Dr. Schlieben, wir haben unsere Tochter für das kommende Schuljahr an der GGS Lindenbornstraße angemeldet und waren froh, als wir die Zusage an dieser Schule bekamen. Nun erhielten wir jedoch vom Träger des Offenen Ganztags die erschreckende Nachricht, dass von den 50 Anmeldungen an dieser Schule nur 29 berücksichtigt werden können. Wir sind jedoch auf die Nachmittagsbetreuung unserer Tochter angewiesen; denn wir sind beide berufstätig.

Damit sind wir nicht allein, wie ich an Ihrem Echo schon vernehmen konnte. Offensichtlich haben auch Sie das in den Briefen gelesen, die Sie bekommen haben. Es gibt diverse Schreiben der Lindenbornschule, in denen auch Fragen wie die aufkommen - ich zitiere -:

Wie sollen wir den Kindern erklären, dass sie aus dem OGTS ausgeschlossen werden? Es reicht nicht aus, die vorgeschlagene Übergangslösung einer Randbetreuung bis 13.30 Uhr zu akzeptieren. Dies ist ein unrealistischer Kompromiss, der in der Praxis überhaupt nicht umgesetzt werden kann.

Dasselbe betrifft auch andere Stadtbezirke, wie zum Beispiel Delbrück. Ich zitiere:

In KGS und GGS sind im kommenden Schuljahr etwa 50 Ganztagsplätze zu wenig, da der Rat der Stadt in diesem

Jahr keine Erweiterung vornehmen will. Viele Eltern sind total verzweifelt. Sie hatten bislang einen Ganztagsplatz für ihr Kind und sollen ihr Kind in Zukunft um 11.45 Uhr von der Schule abholen.

Dasselbe betrifft auch die Nikolaus-Groß-Schule. Da haben uns Eltern Folgendes geschrieben:

Der Wegfall des OGTS-Platzes bedeutet für meine Frau, dass der in Aussicht stehende Arbeitsplatz nicht mehr infrage käme, weil die Arbeitszeiten nicht mit den Schulzeiten korrespondieren. Unser kleiner Sohn wäre länger im Kindergarten als unsere Tochter in der Schule. Selbst eine Halbtagschule ist für meine Frau durch den Wegfall der OGTS-Stelle nicht mehr zu halten.

Ich zitiere noch ein Letztes:

Ich kann einfach nicht fassen, dass die Stadt, das Land, der Bund, wer auch immer, es zulässt, dass es nun einen Rechtsanspruch für die Betreuung von U1-Kindern gibt,

- so steht das hier -

aber die Betreuung mit dem Eintritt in die Grundschule nicht mehr geregelt wird.

Tja, meine Damen und Herren, das ist ein Missstand in unserer Stadt. Die hier kollektiv versammelten Mitglieder des Rates haben auf Vorschlag der Verwaltung eine krasse Fehlentscheidung im letzten Jahr getroffen, nämlich am 18. Juni 2012, als wir auf Vorschlag der Verwaltung darauf verzichtet haben, die OGTS-Plätze über 24 000 Plätze hinaus auszubauen. Wir haben damals versäumt, die Verwaltung zu beauftragen, den weiteren Bedarf für das kommende Schuljahr 2013/2014 zu eruieren und entsprechende Plätze beim Land zu beantragen.

Das wollten wir korrigieren. Das wollten wir auch schon in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses und in der letzten Sitzung des Finanzausschusses korrigieren, haben dort aber keine Mehrheit für unseren Antrag bekommen, kurzfristig OGTS-Plätze zu schaffen. Stattdessen -

(Horst Thelen [Bündnis 90/Die Grünen] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- darfst du gerne gleich stellen - haben wir einen Antrag von Rot-Grün bekommen, der das Problem völlig ausblendet; denn er besagt: Wir schaf-

fen irgendwann im nächsten Jahr, ab August für das Schuljahr 2014/2015 zusätzliche - das ist sicherlich sinnvoll - und bieten bis dahin Kurzbetreuungsplätze bis 13 Uhr an. Die Reaktionen der Eltern - das muss ich Ihnen von Rot-Grün ja nicht erzählen; Sie haben sie ja mitbekommen - waren vernichtend. Deshalb kann das keine ernst zu nehmende Alternative sein.

Hier müssen Sie, hier müssen wir nachbessern. Das tun wir mit unserem heutigen Antrag, in dem wir die Verwaltung auffordern, erst einmal den Bedarf zu ermitteln. Bisher war die Aussage der Verwaltung: Wir haben keine Zahlen. Dann aber lese ich in der Zeitung, dass Frau Klein einräumt: Die Zahl 1 000, wie von den Eltern behauptet, könnte stimmen. - Vielleicht sind es ja auch 1 500 oder nur 750; ich weiß es nicht. Aber dafür haben wir ja unsere Verwaltung. Sie muss zügig auf den Tisch legen, wie viele Plätze erforderlich sind. Man könnte ja einfach auch die Anzahl der Ablehnungen für OGTS-Plätze nehmen; damit hätte man sicherlich eine sehr verlässliche Größe.

Diese Plätze müssen wir anbieten. Wenn die Verwaltung sagt: Wir können Kurzbetreuungsplätze anbieten, dann sage ich: Dann kann die Verwaltung sicher auch Langbetreuungsplätze anbieten, die einen OGTS-Charakter haben. Ich möchte hier also keine Diskussion führen, ob OGTS ein geschützter Begriff des Landes ist. Sie können mir glauben, dass ich intellektuell verstanden habe, dass die Kölner Verwaltung die Landesmittel, die sie bis zum 31. März dieses Jahres hätte beantragen müssen, nun nicht mehr beantragen kann. Was wir wollen, sind Betreuungsplätze. Wie sie heißen, interessiert uns überhaupt nicht. Wir wollen sie für die Eltern, die einen Platz brauchen. Diejenigen, die einen Kurzbetreuungsplatz haben wollen, sollen ihn bekommen. Diejenigen, die einen Langbetreuungsplatz brauchen, sollen diesen auch bekommen.

Die Gegenfinanzierung haben wir Ihnen auf den Tisch gelegt. Wir fühlen uns darin unterstützt vom Jugendamtselternbeirat Köln, der sagt: Wir können auf die sechsmonatige Verlängerung der Beitragsfreiheit gerne verzichten, wollen dafür aber a) Plätze im OGTS-Bereich und b) dazu auch noch qualitative Plätze haben. Dem schließen wir uns an. So ist unser Antrag auch zu verstehen.

Herr Oberbürgermeister, vor der Frage von Horst Thelen eine letzte Anmerkung zum rot-grünen Änderungsantrag. Ich verstehe ihn zwar, aber mir erschließt sich nicht der Sinn. Ich sehe hier

nichts Neues, außer dem, was wir schon in der Haushaltssitzung des Finanzausschusses hatten. Wie Sie den Bedarf ab August dieses Jahres - über das Kurzbetreuungsangebot hinausgehend - decken wollen, darauf gehen Sie überhaupt nicht ein. Ihr Antrag erscheint mir sinnfrei, ist mir zu wenig. Deshalb können wir uns dem leider nicht anschließen. Schließen Sie sich unserem Antrag an! Damit schaffen wir Betreuungsplätze in dieser Stadt schon im August dieses Jahres. Nächstes Jahr schaffen wir gerne noch weitere Plätze. Aber die Plätze, um die es uns jetzt geht, brauchen wir schon ab August dieses Jahres. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Bitte, Herr Thelen.

Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Lieber Helge Schlieben, ich höre erfreut aus deinem Beitrag heraus, dass die CDU sich offensichtlich für den Ausbau des Ganztags an Schulen einsetzt.

Helge Schlieben (CDU): Das tun wir schon seit Langem.

Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Könntest du mir erklären, wann die CDU diese schulpolitische Wende vollzogen hat?

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und der SPD)

Helge Schlieben (CDU): Lieber Horst Thelen, vielleicht haben die Grünen diese Wende verschlafen.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Aber das muss einen ja gar nicht überraschen. Für die Kölner CDU ist das auch klar. Wir sind immer in der Lage, auf aktuelle Ereignisse zu reagieren und unsere Politik den Gegebenheiten anzupassen, die man braucht.

(Martin Börschel [SPD]: Das stimmt allerdings!)

Das ist also für uns nichts Neues. Alle Beschlüsse zur Schaffung von Ganztagsbetreuungsplätzen, zumindest die in den letzten acht, neun Jah-

re, seitdem ich im Rat und im Jugendhilfeausschuss bin, sind mit Zustimmung der CDU gefallen. - Danke.

(Beifall bei der CDU - Horst Thelen [Bündnis 90/Die Grünen]: Eine Nachfrage!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay, jetzt machen Sie das untereinander!

Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Da ihr ja alle Beschlüsse mitgetragen habt, habt ihr auch den Deckelungsbeschluss vom vorigen Jahr mitgetragen. Habt ihr das den Eltern auch entsprechend erklärt?

Helge Schlieben (CDU): Selbstverständlich. Es ist eher umgekehrt: Die Eltern sind schon vor uns darauf gekommen; denn sie haben den Beschluss gelesen und gesagt: Der Rat der Stadt Köln hat diesen falschen Beschluss gefasst. Wir sehen das ganz genauso und sagen jetzt: Das war ein Fehler, und den müssen wir korrigieren. So einfach ist das in der Politik.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen dann zu Herrn Philippi.

Franz Philippi (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Helge Schlieben, was für ein Theater und ein populistisches Getöse!

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU)

Was die Frage von Horst Thelen zur schulpolitischen Wende der CDU angeht: Ich kann mich noch sehr gut an Formulierungen aus Ihrer Fraktion erinnern, zum Beispiel an die des ehemaligen Schulausschussvorsitzenden Hollstein, der in der letzten Ratsperiode hier gesagt hat, dass der CDU-Fraktion gegen ihren Willen die Ganztagschule aufgenötigt werde und dass wir damit sozusagen das Sterben der Horte in Kauf genommen nähmen, oder auch an die Aussage von Ex-Oberbürgermeister Müller, der in der vorletzten Ratsperiode auf einer öffentlichen Veranstaltung die OGTS als Mogelpackung bezeichnet

hat. Von daher kann man schon von einer Wende sprechen.

Die Realität - ich komme in diesen Tagen und Wochen in einigen Grundschulen vorbei - sieht anders aus. Wir können und wir wollen nicht verhehlen - auch wir haben natürlich diese Briefe bekommen -, dass in Einzelfällen bei Schulen in unterschiedlichen Stadtbezirken der Schuh drückt.

(Winrich Granitzka [CDU]: Ich habe 200 Mails vorliegen!)

Aber wir haben gemeinsam - einstimmig! - vor etwa zehn Monaten den eben angesprochenen Beschluss gefasst. Wir haben in einer Kraftanstrengung die Anzahl der OGTS-Plätze noch einmal von 22 200 im letzten Schuljahr auf jetzt 24 000 gesteigert. Und wir haben vorausschauend auf die schwierige Situation des städtischen Haushalts gesagt: Wir müssen den Deckel auf diese 24 000 setzen. Das war eine gemeinsame Entscheidung. Jeder, der sich mit dieser Problematik auseinandersetzt, wusste ganz genau, dass möglicherweise zu Beginn des kommenden Schuljahrs an der einen oder anderen Schule Probleme entstehen werden.

Ich kann auch überhaupt nicht verstehen, dass Sie jetzt mit einem Dringlichkeitsantrag hier in die Ratssitzung kommen. Wenn das doch schon seit längerem Thema ist, frage ich mich: Warum haben Sie die Debatte nicht im Schulausschuss geführt? Außerdem haben wir hier im Rat extra für diese Thematik einen Unterausschuss eingesetzt, in dem wir, wenn auch in nichtöffentlicher Sitzung, einmal im Quartal die Situation diskutieren. Dort hätten Sie das längst einbringen können, dann hätten wir das dort diskutieren können. Das haben Sie offensichtlich verschlafen. Es war doch vollkommen klar, dass die Verwaltung die übliche Abfrage im letzten Jahr nicht gemacht hat. Dass am 31. März die Frist zur Beantragung der Landesmittel endgültig abgelaufen ist, war schlussendlich auch klar.

Meine Damen und Herren, wir sind der festen Überzeugung, dass durch die Beschlussfassung von Rot-Grün im Finanzausschuss am 12. April die richtige Weichenstellung getroffen worden ist. In Punkt 1 unseres Antrags sehen Sie im Prinzip noch einmal die wortwörtliche Wiederholung des Beschlusses, ergänzt um die beiden Absätze, die wir unten angefügt haben.

Jetzt noch einmal etwas zu den Zahlen. Herr Granitzka, Sie sprachen eben von Tausenden von E-Mails.

(Widerspruch von Winrich Granitzka [CDU])

- Sie haben eben in der Haushaltssitzung von Tausenden von E-Mails zur OGTS-Problematik gesprochen. - Wir haben das bei uns mal sortiert und kommen auf insgesamt etwa 30 bis 50 Briefe, die wir von unterschiedlichen Personen erhalten haben. Diese betreffen weniger als zehn Primarschulen im Kölner Stadtgebiet.

(Zurufe von der CDU)

Jetzt überlegen Sie bitte mal: Wir haben 150 Grundschulen. Wenn man davon ausgeht, dass 70 Prozent dieser Schulen den Offenen Ganztag anbieten, kommt man auf gut 100 Schulen. Wenn von diesen 100 Schulen etwa 10 betroffen sind, entspricht das 10 Prozent dieser Schulen.

Ich bin mit Grundschulen im Gespräch bin, die sagen: Ja, uns drückt der Schuh. Wir sind in diesem Schuljahr in einer schwierigen Phase, in einer Überbrückungsphase. - Aber die Schulleitungen, die Träger und die Betroffenen wissen ganz genau, in welchen Nöten sich die Stadt Köln befindet. Deshalb ist Kreativität vor Ort gefragt - zusammen mit den Trägern, mit den Schulen, mit den Eltern und auch mit der Verwaltung.

Ich bin ganz sicher, dass wir zum kommenden Schuljahr eine entsprechend adäquate Lösung für die kritischen Fälle finden werden. Deshalb bitte ich Sie um Zustimmung zum Änderungsantrag von Rot-Grün. Den Antrag der Linken finden wir gerade in den Punkten 2 und 3 weniger zielführend. Deshalb möchte ich dafür werben, für den rot-grünen Antrag zu votieren. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu Frau Jahn.

Kirsten Jahn (Bündnis 90/Die Grünen): Lieber Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Franz Philippi von der SPD hat schon sehr viel Richtiges und Wahres gesagt. Mich hat am Antrag der CDU, den ich vor ein paar Tagen gelesen habe, besonders geärgert, dass - und das finde ich in gewisser Weise schändlich - mit der Not und der Emotionalität der Eltern in dieser Stadt gespielt wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Widerspruch von der CDU)

Sie versuchen mit diesem Antrag, auf dem Rücken der Eltern politisch Profit zu erzielen. Es geht Ihnen doch überhaupt gar nicht darum, OGTS-Plätze zuzusetzen. Es geht Ihnen einfach nur darum, die Debatte, die zurzeit geführt wird, mitzunehmen, und das finde ich schade.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Karsten Möring [CDU]: Es geht uns darum, Probleme zu lösen!)

- Nein, darum geht es Ihnen nicht. Denn wenn Sie Probleme lösen wollten, würde es Ihnen nicht egal sein, wie diese Plätze bezeichnet werden; egal ob OGTS oder nicht: Hauptsache, die Eltern haben eine Betreuung.

Die Eltern wollen aber auch eine qualitativ hochwertige Betreuung, und das ist eben die OGTS. Die OGTS ist nicht einfach eine Spielwiese der Kommune, sondern Produkt eines Beschlusses des Landes. Das wissen Sie auch. Entweder ignorieren Sie Landesbeschlüsse, oder Sie wissen es nicht besser. Beides finde ich sehr schade.

Die OGTS hat bei uns in Köln deswegen eine so hohe gesellschaftliche und pädagogische Bedeutung, weil sie gut ausgestattet ist. Wir haben es geschafft, in kürzester Zeit 24 000 Plätze zu schaffen. Wir geben 16 Millionen Euro jährlich freiwillig dazu, damit nicht nur eine Betreuung angeboten wird, sondern ein wirkliches Bildungsangebot zustande kommt. Und das wollen die Eltern auch.

Wie Sie wissen, werden die OGTS-Mittel vom Land bewilligt; bis zum 31. März muss der Bedarf gemeldet werden. Wir wollen und wir werden die Anzahl der Plätze auch noch weiter ausbauen. Wir werden in 2014/2015 zusätzlich 1 500 Plätze

(Zuruf von der CDU: Zu spät!)

- nein, das ist nicht zu spät - zusetzen. Wir haben zugesagt, dass wir für alle Kinder, die jetzt abgelehnt worden sind, eine Lösung finden wollen. Ja, es wird zum Teil eine Kurzzeitbetreuung sein. Aber auch innerhalb des Bereichs der Kurzzeitbetreuung ist durchaus noch Flexibilität drin. Ich glaube, es wäre sinnvoller, jetzt mit den Eltern offen zu reden und zu sagen: Liebe Eltern, zusammen mit den Trägern, den Schulen und auch in Kooperation mit euch sollen jetzt standortspezifische Lösungen gefunden werden, damit eure Kinder gut aufgehoben sind. - Ich bitte die CDU, den Eltern nicht Sand in die Augen zu streuen und zu sagen: „Wir können alles ma-

chen, wie wir wollen!“, sondern diese Lösungen mit uns gemeinsam zu erarbeiten.

Zum Antrag der Linken: Ehrlich gesagt, ich habe ihn nicht 100-prozentig verstanden. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, wollen Sie Übermittagsbetreuungsgruppen zusetzen. Übermittagsbetreuungsgruppen sind die Gruppen, die nicht in den Schulen, sondern in den Jugendeinrichtungen betreut werden, die finanziell am besten ausgestattet und somit am teuersten sind. Heute Vormittag haben wir den Haushalt beschlossen. Im Haushalt habe ich nichts dazu gesehen, dass Ümi-Gruppen ausgeweitet werden sollen.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Finanzausschuss! War ein Änderungsantrag!)

- Ja, gut. Das habe ich nicht mitbekommen. - Die nächste Frage ist: Sollen die Eltern das dann ganz allein finanzieren? So verstehe ich nämlich Punkt 3 Ihres Antrags. Ich finde, es wäre auch sozial äußerst schwierig, wenn die Eltern das ganz allein finanzieren müssten.

Unser Antrag hat ein Fundament, das rechtlich abgesichert ist. Ich bin mir auch sicher, dass wir zusammen mit den Eltern vernünftige Lösungen finden werden, wenn wir mit ihnen ehrlich umgehen. Die CDU ist in diesem Fall nicht ehrlich, und das finde ich schade.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Frau Laufenberg, bitte.

Sylvia Laufenberg (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wollte eigentlich noch die Begründung der Linken zu ihrem Antrag abwarten und dann ein bisschen Licht ins Dunkle bringen.

Wir haben hier schon einiges gehört. Man weiß gar nicht mehr, was richtig und was falsch ist. Richtig ist, dass wir letztes Jahr die Deckelung auf 24 000 Plätze gemeinsam beschlossen haben. Das haben wir von der FDP auch mitgetragen, allerdings unter der Prämisse, dass wir alle gemeinsam ein Zeichen setzen, den Haushalt konsolidieren zu wollen und kommunale Standards herabzusetzen. Dann hätten wir heute einen soliden Haushalt verabschieden können. Das hat sich in den letzten Monaten anders entwickelt.

Hinzu kommt, dass die Dezernentin Frau Agnes Klein mit ihrer SPD den Eltern suggeriert hat, dass noch in diesem Jahr weitere Plätze in der OGTS geschaffen werden. Sie hat zwar eine Abfrage bei den Eltern auf den Weg gebracht; sie hat aber nicht richtig kommuniziert, dass wir hier letztes Jahr die Deckelung einstimmig beschlossen haben. Damit wurde den Eltern natürlich suggeriert, dass sie vielleicht doch noch einen Platz in diesem Schuljahr erhalten können.

Ich möchte kurz auf den Antrag der CDU eingehen. Sie selber haben gerade in Ihrer Rede, Herr Schlieben, die Kurzbetreuungslösung kritisiert, die jetzt aus heiterem Himmel von Verwaltung, SPD und Grünen vorgeschlagen wird. Sie kritisieren sie auch in der Begründung Ihres Antrags. Sie haben richtig festgestellt: Den Bedürfnissen der Familien werden wir damit nicht gerecht.

Dementsprechend ist Punkt 2 des Antrags der CDU, in dem Sie die Verwaltung auffordern, dafür zu sorgen, dass jeder Familie, die einen Ganztagsplatz oder einen Kurzbetreuungsplatz benötigt, ein solcher Platz auch angeboten werden kann, eigentlich nicht richtig. Sie wollen das sicherlich als Wahlmöglichkeit für die Eltern darstellen. Da sind wir als FDP immer dabei. Aber wenn Sie den Eltern, die die Briefe geschrieben haben, die Wahl lassen, möchten diese selbstverständlich einen richtigen Betreuungsplatz, und da geht es eben auch um Qualität. Die Qualität hat Frau Jahn gerade angesprochen. Aber wo ist denn diese Qualität bei der Kurzbetreuung? Die sehe ich nicht, die können wir alle nicht sehen, und die sehen leider auch die Eltern nicht.

Die CDU versucht, die damit verbundenen finanziellen Mehrkosten durch den Wegfall der sechsmonatigen Beitragsfreiheit zu kompensieren. Grundsätzlich charmant und immerhin ein Vorschlag. Allerdings geht auch diese Rechnung nicht auf. Wenn wir dem folgen würden, würden wir nämlich im Endeffekt die Eltern, deren Kind noch eine Kita besucht, den Beitrag für ihr Kitakind und zusätzlich noch den Betrag für den OGTS-Platz eines fremden Kindes zahlen lassen. Das wäre nicht gerecht und auch nicht vermittelbar.

Man muss unsere Beitragstabelle - Sie werden sie ja sicherlich kennen - ein bisschen differenzierter betrachten. Da gibt es zum einen die Position „Kita“ - dieser Beitrag staffelt sich nach den betreuten Stundenzahlen - und, in der untersten Zeile, die Position „OGTS“; die Beiträge hierfür sind übrigens günstiger als im Kitabereich. Auch das sollte man sich einmal anschauen.

Zudem muss man beachten, dass die betroffenen Eltern, die sich jetzt gemeldet haben - selbstverständlich müsste die Verwaltung eigentlich auf Knopfdruck die Zahlen ermitteln können; ich hoffe, dass die Dezernentin uns gleich noch die Zahlen nennen wird - ,

(Horst Thelen [Bündnis 90/Die Grünen]:
Auf Knopfdruck!)

bereit sein müssten, auch Eigenmittel in die Hand zu nehmen. Nur so ließe sich eine adäquate und vernünftige Lösung der Platzsituation erreichen.

Die Krux an der Geschichte ist selbstverständlich - auch das ist hier schon richtig angesprochen worden -, dass wir diese Plätze nicht an das Land gemeldet haben. Deshalb müsste als Erstes hier jetzt die Entscheidung getroffen werden, der Dezernentin auf den Weg zu geben, über Verhandlungen mit dem Land schnellstmöglich einen Erlass zu erwirken - das haben wir übrigens im Kitabereich auch so gemacht -, auf dessen Grundlage man noch Nachmeldungen vornehmen kann. Zum Zweiten müssen wir auch das Gespräch mit den betroffenen Eltern suchen, um jetzt vielleicht eine kölsche Lösung zu finden, nämlich die Finanzierung dieser Plätze ohne Belastung des städtischen Haushalts.

Ich glaube auch nicht, dass der heute vorliegende Antrag von SPD und Grünen für dieses Schuljahr zielführend ist. Sie reden hier von 2014/2015, schlagen aber in Punkt 3 Ihres Antrags vor, noch einmal zu prüfen, inwieweit Landesmittel oder andere nichtkommunale Mittel zur Finanzierung herangezogen werden können. Vollkommen richtig! Die brauchen wir aber schon für dieses Schuljahr, für 2012/2013. Sie kommen jetzt wieder durch die Hintertür; denn Sie haben im Finanzausschuss am 12. April schon 1 500 Plätze beschlossen, und zwar mit einer Finanzierung über den Haushalt, den Sie vor gerade einmal anderthalb Stunden beschlossen haben. Jetzt wollen Sie aber trotzdem noch mal an das Geld heran, und das ist nicht richtig. Dieser Punkt wäre natürlich richtig, wenn es um 2012 und 2013 ginge. Aber so ist er falsch; denn Sie versuchen, die finanziellen Mittel, die Sie dafür eigentlich gerade in den Haushalt eingestellt haben, in den nächsten Jahren wieder herauszuziehen und sie dann für anderes einzusetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dementsprechend muss man den Antrag der CDU, aber leider auch den Antrag von SPD und Grünen ablehnen. Die Linken sind hier in die richtige Richtung gegangen. Ich sage das selten - ich bin

eigentlich nicht diejenige, die einem Antrag von der Linken gerne zustimmt -: Dieser Antrag ist sachlich der einzig richtige. Er geht in die richtige Richtung. Dementsprechend werden wir dem zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Ja, Herr Uckermann. Bitte schön.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Willkommen im Vorwahlkampf! Er ist heute hier eingeläutet worden. Heute Morgen haben wir die Haushaltsgesetze für die Stadt Köln für 2013 und 2014 verabschiedet. Das heißt, wir haben entschieden: Wie setzen wir die 3 800 Millionen Euro, die die Stadt Köln ausgibt, ein? Wo setzen wir die Schwerpunkte? Wie finanzieren wir das? Keine zwei Stunden später kommen hier die Dringlichkeitsanträge mit Verheißungen und Versprechungen, dass Sie den Bürgern Gutes tun wollen. Ich frage mich: Warum ist das nicht heute Morgen schon geschehen?

Die Frage des Kollegen von den Grünen war natürlich vollkommen berechtigt. Wie dringend ist Ihnen das denn, und wann haben Sie diesen Wandel vollzogen? Warum haben Sie das nicht heute Morgen gesagt? Da hätten uns doch wunderbar mitteilen können, aus welcher Haushaltsstelle Sie dieses Geld nehmen wollen.

In der Tat - das ist eben richtig gesagt worden -, mit dem Thema Ganztagsbetreuung haben wir Gremien eingesetzt, die sich speziell damit befassen. Das ist zum einen der Jugendhilfeausschuss; denn die Ganztagsbetreuung an den Schulen wird von freien Trägern wahrgenommen. Von ihnen wird sichergestellt, dass die Kinder bis in die Abendstunden betreut werden und die Eltern ihrer beruflichen Tätigkeit nachgehen können. Der Jugendhilfeausschuss hat sogenannte besondere Beteiligungsrechte. Das heißt, auch in den Haushaltsberatungen für diese Stadt hat es eine Sondersitzung gegeben, wo der Haushalt beraten wurde. Ich habe vom Antragsteller CDU in dieser Sitzung keinen Ton gehört, dass er nicht zufrieden ist, weil die Mittel nicht ausreichend sind. Da darf man wirklich fragen: Woher kommt dieser Sinneswandel? Ist er Ihnen eben beim Mittagessen gekommen? Hatten Sie dort ein Brainstorming, wie Sie der Bevölkerung

ein bisschen Appetit machen können, wieder CDU zu wählen?

Es ist doch kein Geheimnis, dass Sie gerade in den Großstädten verlieren. Ob jetzt in Stuttgart, in Freiburg oder in Berlin: Überall gehen Sie unter. Trotzdem hört man immer: moderne Großstadtpartei! Jetzt haben Sie sich ein Thema herausgefischt und sich gedacht: Jetzt schreiben wir dazu mal einen Zweizeiler, nennen das Dringlichkeitsantrag und fordern zusätzliche Plätze. Sie wollen im rot-grünen Milieu auf Wählerfang gehen und es auf Ihre Seite ziehen. Aber ich sage Ihnen eines: Unabhängig davon, ob das den Leuten gefällt oder nicht: Die Leute merken, dass sich eine CDU bei diesen Ökos anbietet. Man merkt einfach, dass Sie in keiner Weise ehrlich sind. Schon Bismarck hat gesagt: Nirgendwo wird so viel gelogen wie vor der Wahl. - Da kann man nur sagen: Herzlich willkommen im Wahlkampf! - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu Frau Stahlhofen.

Gisela Stahlhofen (Die Linke.): Zurück zur Tagesordnung.

(Beifall bei Teilen von der Linken., dem Bündnis 90/Die Grünen und der SPD)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch wir Linken sind der Meinung, dass der Offene Ganztags ausgebaut werden muss, auch über die 75-Prozent-Grenze hinaus. Die Erkenntnis, dass 24 000 Plätze nicht ausreichen, hätte allerdings früher kommen können.

Die traditionelle Familie, in der die Frau den Kindern das Mittagessen kocht und nachmittags die Hausaufgaben betreut, gehört zum Glück der Vergangenheit an. Wir wundern uns etwas, meine Damen und Herren von der CDU, dass Sie scheinbar erst durch die Briefe von Eltern erkannt haben, dass dieses Familienmodell nicht mehr existiert. Selbst wenn ein Partner daheim bleiben will, geht das aus finanziellen Gründen häufig nicht, bei Geringverdienern schon gar nicht. Deswegen sind die Eltern auch so maßlos über das Angebot für die Randzeiten oder die Kurzbetreuung enttäuscht. Wenn die Kinder um 8 Uhr in der Schule sind und um 13 Uhr wieder abgeholt werden müssen, bleiben höchstens fünf Stunden für die Arbeitszeit plus An- und Abfahrt.

Wer glaubt, solche Arbeitsplätze gäbe es, hat keine Ahnung von der Lebensrealität von Eltern.

Die CDU gibt an dieser Stelle den weißen Ritter, der sich für die Eltern vor den rot-grünen Drachen wirft und ihnen doch noch die dringend benötigten OTGS-Plätze verschaffen will.

(Winrich Granitzka [CDU]: Genau erkannt!)

Leider reicht es bei Ihnen allenfalls zu Fitz-Oblong, dem Blechritter aus der Augsburger Puppenkiste. Denn die Meldefrist für OGTS-Plätze zum kommenden Schuljahr - Frau Laufenberg und andere haben schon darauf hingewiesen - ist am 31. März abgelaufen. Das hätten Sie dem entsprechenden Landeserlass entnehmen können. Wenn ich mich recht erinnere, ist die CDU doch auch im Landtag vertreten. Oder wollen Sie die Plätze komplett kommunal finanzieren? Falls ja, bräuchten wir immer noch die Genehmigung des Landes für diese schulische Maßnahme. Ihr mit heißer Nadel gestrickter Antrag beschreibt zwar einen wünschenswerten Zustand; aber handwerklich bleibt er leider hinter den Erwartungen zurück.

Der Änderungsantrag von SPD und Grünen geht uns nicht weit genug - da schließe ich mich Herrn Schlieben und auch Frau Laufenberg an -, weil Sie eben nur Lösungen für das Schuljahr 2014/2015 anbieten. Wir brauchen aber für das kommende Schuljahr 2013/2014 - 2012/2013 ist fast vorüber; deswegen: Schwamm drüber! - Lösungen.

Den rechtlichen Hinweis, den Sie uns zu Punkt 1 unseres Antrags gegeben haben, nehme ich gerne auf und bitte deswegen darum, von unserer Seite Elternpflegschaften, Schulen und freie Träger zu ermuntern, eine Lösung für das kommende Schuljahr zu finden.

Da die benötigten OGTS-Plätze an den Schulen nicht so kurzfristig geschaffen werden können, wie sie ab dem Schuljahr 2013/14 erforderlich wären, müssen kreative Lösungen gefunden werden. Eine Möglichkeit wäre, falls sich sie Eltern mit dieser Möglichkeit einverstanden erklären, freie Träger zu beauftragen, Übermittagsbetreuungsplätze einzurichten. Das fällt zwar nur unter Kurzzeitbetreuung, wie ich eben noch einmal dem Erlass entnommen habe. Gut, aber das ist ein Erlass. Das heißt, wir können ihn ausgestalten; da haben wir noch eine freie Gestaltungsmöglichkeit. Das wollte ich mit meiner Hoffnung auf Elternpflegschaften ausdrücken.

Wahrscheinlich ist es für die freien Träger schwierig und auch nicht sehr attraktiv, für nur ein Jahr solche Gruppen einzurichten; denn danach greift ja in diesem Bereich das, was SPD und Grüne vorgeschlagen und wir heute Morgen beschlossen haben. Wir müssen es trotzdem versuchen. Das sind wir den Eltern schuldig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Eltern sind nicht dumm. Sie lassen sich weder mit Lösungen abpeisen, die ihnen nicht im Geringsten helfen, sprich: erst im übernächsten Schuljahr greifen werden, noch akzeptieren sie Lösungsvorschläge, die von vornherein nicht ernst gemeint sind. Stimmen Sie unserem Änderungsantrag zu, und versuchen Sie zu retten, was zu retten ist. Das wäre eine Entscheidung im Sinne der Eltern und der Kinder. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linken.)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Dann haben wir noch die Wortmeldung von Herrn Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Frau Dr. Klein, ich wollte Sie einfach nur um Klärung einer Verständnisfrage bitten, gerade auch für die Eltern, die in den letzten Wochen etwas aufgewühlt waren oder jetzt immer noch sind. Wann werden die einzelnen Schulen wissen, wie viele Plätze sie zur Verfügung haben, und wie werden diese Plätze verteilt? Die Eltern brauchen natürlich auch eine gewisse Planungssicherheit.

Beigeordnete Dr. Agnes Klein: Meine Damen und Herren! Herr Zimmermann, ich nehme an, dass Sie die Kurzzeitplätze meinen. - Die Schulen sind angeschrieben worden mit der Bitte, uns die Bedarfszahlen zu melden. Erforderlich ist, dass die Schulleitung, der Träger und natürlich auch die Eltern dieses Angebot annehmen wollen. Im Moment werden an den verschiedenen Schulstandorten individuelle Lösungen entwickelt und diskutiert. Ich denke, dass die Bedarfsmeldungen der einzelnen Schulen in den nächsten Wochen bei uns eingehen werden.

Eine Sache noch: Wir haben im Dezember letzten Jahres keine Bedarfsabfrage gemacht, wie wir sie eigentlich in den letzten sechs, sieben Jahren - alle Jahre wieder - immer gemacht ha-

ben, weil wir uns an den Deckelungsbeschluss vom letzten Jahr gebunden fühlten. Daher konnten wir als Verwaltung natürlich nicht den Bedarf an zusätzlichen Plätzen abfragen. Dann hätten Sie im Rat nämlich der Verwaltung zu Recht vorwerfen können, dass sie den Ratsbeschluss unterläuft, indem sie quasi durch eine Abfrage Fakten generiert; denn dieser zusätzliche Platzbedarf hätte wiederum zu einem zusätzlichen Finanzbedarf geführt.

Ich glaube, der viel zitierte Deckelungsbeschluss ist ja seinerzeit nicht getroffen worden, weil irgendjemand den Bedarf negiert hat oder weil man die Vereinbarkeit von Familie und Beruf falsch eingeschätzt hat oder weil man den Bürgerinnen und Bürgern bestimmte Rahmenbedingungen verwehren wollte, sondern einzig und allein aufgrund der schwierigen Haushaltssituation der Stadt Köln.

(Winrich Granitzka [CDU]: So ist es!)

Das war der Grund für diesen Beschluss, kein anderer. Das muss man, glaube ich, hier noch einmal ganz deutlich sagen. Damals hat der Rat noch einmal 1 800 Plätze zugesetzt und damit einen kommunalen finanziellen Mehrbedarf von 1,3 Millionen Euro in den damaligen Haushalt eingestellt. Das ist in den letzten Jahren immer wieder passiert. Das Gesamtbudget - nur, damit Sie einmal die Zahl gehört haben - macht 61 Millionen Euro jährlich aus, davon sind mehr als die Hälfte kommunale Mittel. Das ist, glaube ich, die Diskussion, die wir vor einem Jahr geführt haben und die wir jetzt eben wieder führen. Es ging um rein finanzielle Dinge und nicht um Bedarfsnegierung. - Danke schön.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Dr. Klein. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Zunächst stimmen wir über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke - das ist der weitestgehende Antrag - ab. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion Die Linke und die Fraktion der FDP. Gibt es Enthaltungen? - Enthaltungen gibt es nicht. Dann ist er abgelehnt.

Wir kommen dann zum Ersetzungsantrag - -

(Helge Schlieben [CDU]: Der CDU-Antrag ist doch weitergehend!)

- Nein, erst kommt der Ersetzungsantrag. Das ist ja nicht ein Ergänzungs-, sondern ein Ersetzungsantrag vor.

Abstimmung über den Ersetzungsantrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer für diesen Ersetzungsantrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der SPD, das ist die Fraktion der Grünen, das ist der Oberbürgermeister. Gibt es weitere Zustimmung? - Das nicht der Fall. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist das so angenommen.

Damit erübrigt sich die Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

3.1.8 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Vorzeitige Teilinbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn zwischen Severinstraße und Rodenkirchen"
AN/0575/2013

Dazu gebe ich das Wort an Herrn Möring.

Karsten Möring (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute Morgen über die inhaltliche Frage einer Teilinbetriebnahme schon sehr viele Argumente ausgetauscht, sodass sich deren Wiederholung jetzt erübrigt.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Da waren Sie aber noch anderer Meinung!)

- Lieber Herr Detjen, Sie haben mir vielleicht nicht genau zugehört. Ich bin sehr wohl darauf eingegangen, warum unsere Fraktion, die bis zum Sommer diese Position vertreten hat, bereit war, umzuschwenken. Es gibt auch gute Gründe dafür.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Das geht aber schnell!!)

- Nein, schnell geht das nicht. Es ist nur so: Wenn das, was man für richtig hält, nicht umsetzbar ist, dann kann man das, was man auch für richtig, aber für nicht ganz so prioritär hält, natürlich sehr wohl machen. Und an dem Punkt sind wir jetzt.

(Beifall bei der CDU)

Dass wir an diesem Punkt sind, hat der Kollege Börschel verursacht, der offensichtlich bei den Gesprächen und Verhandlungen über diese Frage - bei den Gesprächen, die er mit uns geführt hat, und bei denen, die er mit seinem Koalitionspartner geführt hat -, mit zweierlei Zunge gesprochen hat.

(Beifall bei der CDU)

Ich muss hier feststellen, dass offensichtlich das, was wir verhandelt haben, in eine andere Richtung anders vermittelt worden ist. So kann man keine Politik machen. Ich muss ganz nüchtern feststellen, dass wir das, was wir wollten, nämlich den Verzicht auf die Teilbetriebnahme, um damit etwas anderes zu erreichen, was wir für sehr wichtig gehalten haben, auf diese Weise nicht erreichen können. Das zu vertreten, ist Sache der SPD und ihres Fraktionsvorsitzenden. Ich habe hier deutlich gemacht - das möchte ich noch einmal wiederholen -, dass das Verfahren, das hier angewandt worden ist, alles andere als vertrauenerweckend ist und politische Gespräche in einer Weise erschwert, wo ich nicht weiß, welche Konsequenzen das auf die Dauer haben wird. So kann man miteinander nicht umgehen.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind nicht angetreten, um einen Stadtteil gegen einen anderen auszuspielen, wie es Herr Henseler vorhin so schön formuliert hat, sondern wir sind natürlich angetreten, um eine Lösung zu finden, die angesichts der Situation für Köln etwas bringt. Das, was ich vorhin gesagt habe, muss ich eigentlich nur ergänzen. Wenn es uns nicht möglich ist, weil es dafür keine Mehrheit gibt, die Sanierungsmittel für unsere Infrastruktur im Bereich Straßen, Wege und Plätze entsprechend aufzustocken, dann steht für uns die Frage: Können wir mit der Teilbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn jetzt ein anderes positives Ziel erreichen?

Es ist halt so: In der Mehrheitssituation, in der wir hier sind, ist die Entscheidung der CDU-Fraktion für die Aufgabe oder für die Durchsetzung dieses Vorhabens entscheidend. Ich habe vorhin gesagt und wiederhole es jetzt: Wir haben uns die Entscheidung in dieser Frage nicht leicht gemacht. Die Dauer der Gespräche und die Intensität der Verhandlungen zeigen das sehr deutlich. Noch einmal: Dass wir nicht zu dem Ziel gekommen sind, über das wir heute Morgen geredet haben, haben wir nicht zu vertreten.

Ich persönlich bin nicht unglücklich darüber - mit Understatement formuliert -, wenn wir jetzt zu ei-

nem anderen Beschluss kommen. Ich will aber auch sagen, um da keine Misstöne aufkommen zu lassen: Das, was wir jetzt beschließen, nämlich die Teilbetriebnahme, hat einen Sinn. Ich habe heute Morgen gesagt, der Verkehrswert ist gering. Der symbolische Wert aber ist sehr groß. In der Politik, in der Psychologie und in der Bereitschaft der Leute, etwas zu akzeptieren oder es zu verwerfen, spielt diese Frage eine ganz erhebliche Rolle. Es ist schwer zu vermitteln, wenn wir sagen: Wir haben hier ein Bauwerk. Es ist zwar fertig, aber es wird noch jahrelang ungenutzt im Untergrund liegen. - Das ist einfach so.

Indem wir jetzt die Teilbetriebnahme beschließen, geben wir einen Teil dieser Maßnahme, die ja mit dem Geld der Steuerzahler aus Köln und anderen Teilen des Landes finanziert worden ist, an die Kölner Bürgerinnen und Bürger zurück. Dass wir noch nicht am Ziel sind, haben nicht wir in Köln - damit meine ich jetzt uns alle - zu vertreten. Ich bin hoffnungsfroh, dass wir in absehbarer Zeit wissen werden, wer die Verantwortung und damit die Kosten zu tragen hat.

Ich würde mich freuen, wenn wir sehr schnell zu dem Ergebnis kommen, dass wir die kurze bestehende Lücke zwischen dem nördlichen und dem südlichen Ast auch noch schließen können, und dann ein Bauwerk haben, was für die Verkehrsinfrastruktur und für den Standort Köln von großer Bedeutung ist. Deswegen bitte ich auch diejenigen, die meinen, dass diese Teilbetriebnahme unsinnig ist, noch einmal darüber nachzudenken. Sie hat ihren Wert. Sie hat ihren Sinn. Wir stimmen dem auch mit Freude zu. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Ja. Frau Moritz, bitte.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Ich kann das vom Platz aus machen. - Ich habe heute Morgen alle inhaltlichen Argumente aufgezählt, die für uns von Anfang an für die Vorbetriebnahme sprachen. Wenn das heute entgegen meiner Vermutungen doch durchkommt, freue ich mich sehr. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Sehr verehrte Damen und Herren! Sie sehen mich ein bisschen sprachlos an dieser Stelle. So schön es ist, dass hier jetzt überraschend noch einmal Bewegung in die Sache gekommen ist, muss ich doch sagen - das ist heute schon in verschiedenen Reden erwähnt worden -: Es ist für die politische Kultur, für die Glaubwürdigkeit und für die Verlässlichkeit dieses Rates eigentlich nicht gut - für mein Nervenkostüm übrigens auch nicht -, wenn hier ein Zickzackkurs gefahren wird.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Aber unterhaltsam!)

Sosehr ich es kritisiert habe, dass die CDU im letzten Jahr aus für mich nicht nachvollziehbaren Gründen einen Schwenk gemacht hat, so dankbarer bin ich jetzt, dass sie auf den „Weg der Tugend“ zurückgefunden hat, sodass wir das heute so beschließen können.

Inhaltlich ist alles dazu gesagt. Ich selbst habe dazu schon mehrere Reden gehalten. Aber auch andere haben dazu heute schon vorgetragen. Dem kann man sich anschließen.

Es ist natürlich so, dass einem überzeugten Kölner wie mir es körperlich wehgetan hätte, wenn in einer solchen Frage der Stadt etwas so Schlechtes angetan worden wäre. Ich habe zu Karsten Möring heute Morgen vor der Entscheidung gesagt: Karsten, du wirst irgendwann sagen, dass das der größte Fehler in deiner politischen Karriere gewesen ist. Vielleicht in zwei Jahren, vielleicht in vier Jahren, vielleicht in sechs Jahren wirst du das einsehen. - Ich hätte selber nicht gedacht, dass er das schon innerhalb von zwei Stunden einsieht. Aber es ist ja gut, dass es so gekommen ist.

Die Frage ist: Warum ist die SPD eigentlich so massiv gegen diese Sache gewesen? Es sind Entscheidungsstrukturen, die sich wiederholen. Erinnern wir uns daran, wie massiv die SPD zum Beispiel gegen den Einbau eines Aufzugs im Roten Haus gekämpft hat, eigentlich eine ganz normale Sache, dass wir den Rathausplatz barrierefrei anschließen. Die Antwort ist ganz einfach: Die Idee kam von der falschen Seite. Die Idee, einen Aufzug im Roten Haus einzubauen, kam von Karsten Möring von der CDU. Das konnte nicht gut sein.

Martin Börschel, ich will hier ein bisschen aus dem Nähkästchen der Stadtwerke plaudern - das habe ich auch schon an anderer Stelle getan -: Es waren im Grunde nur Sekundenmomente in

dieser Aufsichtsratssitzung, die der Sterck die Hand eher oben hatte und deshalb als Erster die Frage stellen konnte: Können wir nicht einen Teil der U-Bahn schon vorher in Betrieb nehmen? Damals war Herr Reinarz noch im Amt. Herr Frank und Herr Börschel standen nach mir auf der Rednerliste und haben das dann auch bestätigt. Aber die Sache war leider schon raus, und diese Frage hatte leider der Sterck zuerst gestellt. Ja, der ist auch von der falschen Partei. So kam es dazu, dass es nicht mehr um Inhalte ging.

Ein anderes Beispiel ist der Brunnen auf dem Breslauer Platz, in den sich Martin Börschel verliebt hat. Dann macht er dazu die Presse. Dann spielen auch 280 000 Euro keine Rolle mehr. Dann wird es halt gemacht, weil die Idee von Martin Börschel propagiert worden ist.

(Beifall bei Teilen der FDP und der CDU)

Diese zwei Minuten in der Sitzung der Stadtwerke haben uns diesen Krimi eingebrockt; denn sonst wäre diese Idee vonseiten der SPD gekommen. Dann wäre das hier längst beschlossen worden. Das, finde ich, sollte uns eine Lehre sein; das müssen wir hier heute auch mitnehmen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, lieber Martin Börschel, es muss in diesem Rat nicht so sehr um Machtfragen, sondern mehr um Sachfragen gehen. Das sind wir unserer Stadt Köln schuldig.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Nach diesem Krimi heute, nach dem Krimi der letzten Wochen und Monate entscheiden wir nun diese Frage im Sinne dieser Stadt, im Sinne der Betroffenen in der Südstadt, deren persönliche und geschäftliche Existenz auch von dieser Sache abhängt. Es hat sehr viele Entbehrungen gekostet, diese U-Bahn zu bauen. Sie hat uns auch sehr viel Leid gebracht; das müssen wir am Ende dieses Prozesses auch zugeben. Deswegen ist es richtig, dass die Sache nun ein glückliches Ende nimmt, dass die Vernunft siegt und hier im Rat eine Mehrheit bekommt. Ich bin sehr, sehr glücklich, dass wir diesen Beschluss hier heute fassen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Sterck. - Frau dos Santos.

(Zuruf von der CDU: Feige ist er auch noch! – Weitere Zurufe von der CDU)

Susanna dos Santos Herrman (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Manchmal braucht es Mut für eine richtige Entscheidung, und es braucht Mut, diese Entscheidung durchzuhalten.

Nach all den Beiträgen zu diesem Thema möchte ich doch betonen: Wir sind heute die einzige Fraktion-neben der Linken-, die heute Morgen gesagt hat, wir sind gegen eine Teilbetriebnahme, weil wir dies für eine nicht nachhaltige Verkehrspolitik halten, und wir sagen auch noch heute Nachmittag, dass wir gegen die Teilbetriebnahme des südlichen Teils sind,

(Ralph Sterck [FDP]: Das ist kein Mut, das ist Trotz! Das ist etwas anderes!)

weil wir für eine nachhaltige Verkehrspolitik sind.

(Beifall bei Teilen der SPD)

6,7 Millionen Euro jährlich sind eben nicht 280 000 Euro wie für einen Brunnen, Herr Sterck, sondern das sind 6,7 Millionen Euro jährlich, die uns für den Erhalt der Infrastruktur fehlen.

(Zuruf von der CDU: Hättet ihr doch machen können! - Weitere Zurufe von der CDU)

Wir waren in der Sache immer klar. Wir haben im vergangenen Herbst gesagt - -

(Zurufe von der CDU)

- Das wird jetzt aber nicht auf meine Redezeit angerechnet.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Lassen Sie bitte Frau dos Santos in Ruhe ihre Rede vortragen.

Susanna dos Santos Herrmann (SPD): Wir haben im vergangenen Herbst gesagt, dass wir es als sehr fragwürdig erachten, für eine - ich sage es überspitzt - Süd-Süd-Pendelbahn so viel Geld in die Hand zu nehmen. Wir sind der Auffassung, dass man mit dem Geld deutlich Besseres machen kann.

(Winrich Granitzka [CDU]: Straßenbau!)

Und wir haben auch in den vergangenen Wochen und Tagen in den Gesprächen klargemacht: Wir sind uns im Ziel einig, die Mittel für den Straßenerhalt, für die Straßenunterhaltung im Jahr 2013 wie auch im Jahr 2014 auf ein Niveau von roundabout 12 bis 13 Millionen Euro zu heben.

(Winrich Granitzka [CDU]: Darauf hatten wir vertraut!)

Dieses Ziel erreichen wir. Der Haushaltsplanentwurf - Herr Oberbürgermeister, da haben wir ja auch ein wenig nachgebessert - sah für das Jahr 2014 6,9 Millionen Euro im Straßenunterhalt vor. Wir haben jetzt in dem Bereich rund 6 Millionen Euro zugesezt.

(Karsten Möring [CDU]: Aber nicht für die Sanierung, Frau Kollegin!)

Das ist im Plan 1201 drin und damit im Bereich der Straßenunterhaltung. Selbstverständlich ist damit Ihr Ziel erreicht.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Frau dos Santos, belügen Sie sich nicht selber! - Weitere Zurufe von der CDU)

Ihr Ziel ist erreicht.

Wir haben in den Gesprächen auch gesagt: Wir möchten das, was am 12. April im Finanzausschuss verabschiedet wurde, nicht anpacken. Wir haben - das war ja Teil des theoretischen Beschlusses von heute Vormittag - in den Ziffern 2 und 3 des Teils A gesagt, dass wir auch in der mittelfristigen Planung die Mittel für den Straßenerhalt deutlich erhöhen wollen. Das verschenken Sie jetzt.

(Zurufe von der CDU)

Wenn Sie an Ihre eigenen Beschlüsse denken, dann hätten Sie heute Morgen dem zustimmen müssen, was Sie selber mit ausgehandelt haben. Herr Möring, wir verschenken eine Chance.

(Helge Schlieben [CDU]: Sie sind unzuverlässig!)

Ich weiß - -

(Zurufe von der CDU - Jörg Detjen [Die Linke.]: Die CDU kriegt schon wieder Oberwasser, statt ein bisschen ruhig zu sein! - Beifall bei der SPD - Gegenruf von Jörg Uckermann [pro Köln]: Wir sind hier nicht in der Volkskammer, Herr Detjen!)

Ich weiß, dass die Menschen in der Südstadt sehr zufrieden sein werden mit dem heutigen Beschluss.

(Beifall bei der FDP)

Ich kann das nachvollziehen. Für die gesamtstädtische Politik, für die gesamtstädtische Verkehrspolitik ist er leider nicht richtig; denn wir werden nun nicht die Möglichkeit haben, im Bereich der Straßen und im Bereich des öffentlichen Verkehrs so anzupacken, wie es notwendig gewesen wäre. Jetzt setzen wir Geld ein für ein Projekt, das zwar psychologisch von hohem Wert ist - Herr Möring, das stimmt -, aber leider sachlich nicht ganz so hohen Wert hat.

(Beifall bei der SPD - Henk van Benthem [CDU]: Habt ihr aber selber versaut!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir haben noch weitere Wortmeldungen. - Herr Schiele, bitte.

Karel Schiele (pro Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Bürger auf der Zuschauertribüne! Eines möchte ich vorweg sagen: Die Fraktion pro Köln unterstützt diesen Antrag und wird dem auch zustimmen.

Es wurde an dieser Stelle schon vieles zum Stadtarchiv-Unglück sowie zur weiteren Finanzierung und der Nachhaltigkeit dieses Projektes gesagt. Es ist immer schwierig, eine Balance zwischen Wirtschaftlichkeit und Vernunft zu halten. Betrachtet man die Angelegenheit aus finanzieller Sicht, stellt man fest, dass die Mehrkosten der Teilinbetriebnahme immer dem Ist-Zustand gegenübergestellt werden. Nicht dargestellt werden die Mehrkosten bei Vollinbetriebnahme. Es scheint so, als würde der Rat die finanzielle Mehrbelastung vortäuschen, um eine Diskussion über die Mehrbelastungen für die KVB bei Vollinbetriebnahme in die Zukunft zu verschieben.

Das Unglück hat einen Verursacher. Es war kein Zusammenspiel unvorhergesehener Ereignisse. Dieser Verursacher soll diese Mehrkosten auch tragen und nicht der Kölner Bürger, der sich durch diese unvollendete Baustelle immer weiter in Geduld üben muss.

Es kann nicht sein, dass 20 Jahren Planungszeit nunmehr 24 Jahre Bauzeit folgen. Möchten wir, dass daraus ein Jahrhundert- oder sogar ein Mil-

lennium-Projekt wird? Die Chinesen schaffen solche Projekte binnen drei Jahren. In den 80er-Jahre wurde sogar im damals noch kommunistischen Prag eine U-Bahn-Linie, die die Moldau unterquert, in fünf Jahren fertiggestellt. Hallo?!

Ich frage Sie, meine Damen und Herren: Wollen wir tatsächlich über deutsche Ingenieurkunst nur beim Anblick der Müngstener Brücke oder der Wuppertaler Schwebbahn schwärmen? Falls nicht, müssen Sie heute der Teilinbetriebnahme zustimmen.

Die Gegenargumente sind nicht nachvollziehbar. Herr Börschel, Sie sprechen immer nur dann über finanzielle Belastungen und leere Kassen, wenn es sich um Investitionen für die Zukunft handelt. Lieber Herr Börschel, setzen Sie sich als Finanzfachmann im Landtag für die Beschleunigung des Asylantragsverfahrens ein. So kann diese Stadt immense Kosten sparen, die man dann auch für die Vollendung dieses Bauwerks einsetzen könnte. Herr Professor Bietmann hat bereits vor einigen Jahren an dieser Stelle die Kosten der Stadt Köln nur für den Unterhalt von Illegalen auf 30 Millionen Euro pro Jahr beziffert.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Das ist der richtige Zeitzeuge für Sie!)

Heute haben wir die Antwort auf unsere Anfrage bekommen. Die Kosten beziffern sich im Jahr 2013 nicht auf 26 000, sondern auf 26,5 Millionen Euro. Im Vergleich dazu sind die zusätzlichen Kosten für die Teilinbetriebnahme von insgesamt rund 7 Millionen Euro pro Jahr Peanuts.

Ich möchte auch die SPD bitten, diesem Antrag zuzustimmen und die Kölner Bürger endlich von diesem Elend zu befreien. - Ich möchte mich bedanken.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu Herrn Weisenstein.

Michael Weisenstein (Die Linke.): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Möring, ich bin doch relativ entsetzt über die 180-Grad-Wende, die die CDU und Ihre Fraktion innerhalb zwei bis drei Stunden hingelegt hat.

(Beifall bei der Linken. sowie bei Teilen der SPD)

Ich finde, das ist eine totale Katastrophe.

(Henk van Benthem: Machen Sie sich mal keine Sorgen!)

Ich finde, das ist nicht nur eine Katastrophe für die Einwohnerinnen und Einwohner der Südstadt.

(Zurufe von der CDU)

Ich finde, das ist in erster Linie für die Leute, die in Porz wohnen, eine Katastrophe. Denen haben Sie nämlich heute Morgen suggeriert, dass Sie sich ernsthaft um die Anbindung bzw. Weiterführung der Linie 7 bis nach Porz kümmern möchten. Zwei Stunden später - -

(Zurufe von der CDU)

- Lassen Sie mich doch bitte ausreden! - Sie wissen genau, Herr Möring, dass, wenn dieser Beschluss zur Inbetriebnahme des südlichen Abschnitts heute gefasst wird, eine ernsthafte Prüfung der Linienverlängerung nach Porz überhaupt nicht mehr möglich ist.

(Henk van Benthem [CDU]: Warst du schon mal da? Nie, oder?)

Das, finde ich, ist schon ein Hammer, dass Sie dazu jetzt nicht mehr stehen und stattdessen sagen: Das mit Porz, das schieben wir jetzt weg. Dafür haben wir unsere südliche Stadtbahn wieder. Alle sind zufrieden, nur nicht die in Porz.

(Beifall bei der Linken. sowie bei Teilen der SPD)

Das müssen Sie doch zumindest zugeben, meine Damen und Herren.

Des Weiteren, Herr Möring, rege ich mich wirklich darüber auf, dass Sie sich hier eben hinstellen und sagen: Inhaltlich wurde heute Morgen alles zur Nord-Süd-Stadtbahn bzw. zur Inbetriebnahme des südlichen Abschnitts gesagt. - Das ist überhaupt nicht richtig. Auch das haben Sie aus gutem Grund gemacht, Herr Möring. Sie haben aus gutem Grund jetzt nichts mehr dazu ausgeführt, weil es nämlich für diesen Streckenabschnitt keine gute Argumente gibt, außer Klientelbedienung.

(Beifall bei der Linken. - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Was für ein Blödsinn!)

- Nein, Frau Moritz. Auch Sie haben sich eben darauf zurückgezogen: Heute Morgen wurde ja alles schon diskutiert, und deswegen müssen wir auf das Inhaltliche jetzt nicht mehr eingehen. Aber damit werden Sie hier nicht so einfach durchkommen.

Jetzt werde ich noch einmal inhaltlich auf diesen Antrag eingehen. So, und jetzt möchte ich gerne in Ruhe meine Rede halten, wie Sie, Herr Oberbürgermeister, heute Morgen schon einmal gesagt haben. Ich möchte Sie bitten, von irgendwelchen Zwischenrufen weitgehend abzusehen. Vielen Dank!

(Lachen und Beifall bei der CDU, der FDP und dem Bündnis 90/Die Grünen - Zuruf von der CDU: Herr Staatsratsvorsitzender!)

- Ist doch wahr, Mensch! Wenn Sie schon inhaltlich nichts dazu zu sagen haben, dann müssen Sie wenigstens die Leute etwas sagen lassen, die sich inhaltlich mit der Sache auseinandergesetzt haben. Stattdessen brüllen Sie hier herum.

(Anhaltende Zurufe)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Lassen Sie bitte Herrn Weisenstein reden.

Michael Weisenstein (Die Linke.): So, jetzt halte ich die Uhr an, Herr Oberbürgermeister.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das können Sie nicht!

Michael Weisenstein (Die Linke.): Dann möchte ich Sie bitten, die Uhr anzuhalten

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Lassen Sie bitte Herrn Weisenstein in Ruhe seine Rede zu Ende bringen.

Michael Weisenstein (Die Linke.): Die Linksfraktion lehnt nicht nur gestern und heute, sondern sie lehnt schon immer die vorzeitige Inbetriebnahme des südlichen Abschnitts der Nord-Süd-Stadtbahn ab. Die Kosten für diese Maßnahme stehen in keinem Verhältnis zum Nutzen. Über 7 Millionen Euro - Ihre Variante, Herr Möring - ent-

stunden jährlich an Mehrkosten bei nur 2 100 Menschen, die diese Bahn täglich nutzen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das sind doch Neukunden! Das ist doch Quatsch, was Sie da erzählen!)

Das ist insgesamt so gut wie nichts.

Mit 7 Millionen Euro jährlich kann die KVB wesentlich effektivere Maßnahmen im Stadtgebiet durchführen - heute Morgen haben wir darüber diskutiert - und auch Neukunden gewinnen. In weiten Teilen Kölns, insbesondere auf der rechten Rheinseite - auch darüber haben wir heute Morgen diskutiert -, könnte dieses Geld für wesentlich effektivere Maßnahmen eingesetzt werden.

Die Frage der vorzeitigen Inbetriebnahme wurde richtigerweise in den Haushalt geschoben. Jetzt wird sie plötzlich wieder außerhalb des Haushalts diskutiert. Dafür gibt es auch einen guten Grund, nämlich weil Sie nicht wissen, wie Sie das bezahlen sollen. Sie alle hier im Saal wissen, dass der Haushalt der Stadt überhaupt nur deswegen zustande kam, weil der Stadtwerke Konzern noch einmal 10 Millionen Euro zusätzlich in den Haushalt reinpumpen muss. In dieser Vorlage, die Sie ja als Vordruck für Ihren Antrag genommen haben, steht, dass der Stadtwerke Konzern die Mehrbelastung der Inbetriebnahme durchaus tragen kann, wenn er 60 Millionen Euro abführt, nicht aber, wie Sie jetzt beschlossen haben, wenn er 70 Millionen abführen muss. Auch das müssen Sie doch einmal bedenken, meine Damen und Herren.

(Zurufe von der CDU: Haben wir alles bedacht! - Ist alles klar!)

- Ja? Das will ich ja mal sehen. - Es ist kaum vorstellbar, dass das auch noch zu leisten ist.

Zum Glück - - Nein, das kann ich jetzt leider nicht mehr vortragen. Ich wollte eigentlich an dieser Stelle auf das Glück hinweisen, dass die Vernünftigen in diesem Rat die Mehrheit haben und dieses Prestigeobjekt ablehnen werden.

(Lachen bei der CDU und der FDP)

Ich will es noch einmal kurz zusammenfassen: Kosten und Nutzen stehen bei diesem Projekt in keinem gesunden Verhältnis. Andere Infrastrukturmaßnahmen, insbesondere auf der rechten Rheinseite, werden dadurch vernachlässigt. Insgesamt ist es eine gruselige Sache, wenn Sie das jetzt beschließen. Und das machen Sie nur, um Ihr Klientel in der Südstadt zu bedienen. Das

wird Ihnen früher oder später auf die Füße fallen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken, sowie bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Herrn Henseler.

Andreas Henseler (Freie Wähler): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es ist schon erstaunlich, mit welcher Geschwindigkeit sich hier im Rat eine Sachlage ändern kann und von welchen Zufälligkeiten Entscheidungen über eine Maßnahme in einer Größenordnung von ungefähr 40 bis 50 Millionen Euro abhängen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen] 21!)

- Wir reden hier über eine Größenordnung von 40 bis 50 Millionen Euro: Investitionen plus jährliche Betriebskosten. Wenn ich es kurz überschlage, ist das bis zum Lückenschluss eine Größenordnung von - -

(Ralph Sterck [FDP]: 53 Millionen Zuschussverlust! Das haben Sie auch gelesen!)

- Nein, nein. Das stimmt nicht. Wenn es gelingt, das im Zweifelsfall ein Jahr früher in Betrieb zu nehmen, dann bestünde dieses Risiko gar nicht. Aber das sind jetzt Details. - Ich finde es jedenfalls erstaunlich, wie der Rat mit einem solchen Punkt umgeht.

Ich will mich zur Machtpolitik nicht äußern; denn die ist von uns aus sowieso nicht zu beeinflussen. Ich würde aber gerne noch etwas zu zwei, drei inhaltlichen Sachen sagen, die mich auch erstaunt haben.

Heute Morgen habe ich gegen die Variante Verlängerung der Linie 7 nach Porz gestimmt und gesagt: Das, was wir dadurch einsparen, dass wir sie nicht verlängern, sollten wir zur Haushaltskonsolidierung nutzen; dafür ist einfach kein Geld da. - Wir haben heute Morgen einen Haushalt beschlossen, der auf Kante genäht ist, und zwar mehr als auf Kante genäht. Ich habe heute Morgen gegen diese Variante gestimmt, weil ich der Meinung bin: Man muss verantwortungsbewusst mit den finanziellen Mitteln dieser Stadt umgehen. Sie aber lassen den Beschluss von heute Morgen bestehen und satteln jetzt noch

diesen Beschluss, also diese 40-Millionen-Euro-Nummer, sozusagen noch obendrauf.

(Widerspruch von der CDU)

- Doch. Das machen Sie zusätzlich. - Ich frage mich: Wollen Sie ernsthaft einen solchen Beschluss fassen? Sie haben vorhin die Linienverlängerung beschlossen und wollen jetzt gleich beschließen, dass die Teilbetriebnahme noch hinzukommt.

(Beifall bei der Linken)

- Danke für den Beifall, Herr Detjen. - Mir erschließt sich das alles nicht. Ich halte das für eine ganz seltsame Vorgehensweise. Vielleicht war das ja in früheren Zeiten auch so. Aber wie gesagt: Mit dieser Geschwindigkeit habe ich das bisher nicht beobachtet.

Bevor ich heute Morgen hierher gekommen bin, habe ich ja die Zeitungen gelesen. Da haben sich die Schulen aus dem Kölner Süden beschwert, dass in den Stoßzeiten morgens die Transportkapazität nicht ausreicht. Jetzt frage ich mich - hier ist ja immer die Rede davon, dass der Kölner Süden davon profitieren wird - mit Blick auf die Haushaltssituation: Kann man das nur über diesen Vorlauf lösen, oder gäbe es nicht noch andere Möglichkeiten? Kann man nicht die Taktzeiten erhöhen? Kann man nicht zusätzliche Kapazitäten einsetzen?

(Manfred Waddey [Bündnis 90/Die Grünen]: Wenn man die Taktzeiten erhöht, sind das natürlich Kosten!)

- Ja, natürlich sind das Kosten. Aber die Frage ist, ob man dort in eine neue Straßenbahnlinie und zusätzlich noch 7 Millionen Euro in die Teilbetriebnahme der U-Bahn investieren muss, Berti. Das ist doch der Punkt, über den wir hier reden.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Ernsthaft: Hier wird argumentiert, dass man sich den Geschäftsleuten in der Südstadt auch vor dem Hintergrund des tragischen Ereignisses verpflichtet fühlt, diese Lösung jetzt zu beschließen. Das könnte ich ja bis zu einer gewissen Größenordnung noch nachvollziehen. Aber wir machen nicht nur Kommunalpolitik für einen bestimmten Teil der Stadt, sondern wir machen Kommunalpolitik für die gesamte Stadt. Mir ist völlig schleierhaft, wie Sie den Bürgern in den anderen Stadtbezirken klarmachen wollen, dass Sie für diese Lösung, die etwa 40 Millionen Euro kosten wird

(Karsten Möring [CDU]: Nein!)

und erklärtermaßen einen geringen verkehrspolitischen Nutzen hat, das Geld haben, aber in Stadtbezirken wie Chorweiler und anderen die Bürgerzentren nicht finanzieren können.

Wir Freien Wähler können dem nicht zustimmen. Wir lehnen das ab. Ich bin mal gespannt, ob das alles Bestand haben wird, wenn die Kämmerin - sie hat ja bekanntlich kommunalrechtlich ganz bestimmte Rechte - das Ergebnis Ihrer Beschlussfassung durchgerechnet hat. Darauf bin ich gespannt. Das ist nur als Hinweis zu verstehen. Ich will jetzt nicht von Beanstandungen oder Ähnlichem reden. Aber ich bin mal gespannt, ob das, was Sie hier mit lockerer Hand beschließen, Bestand haben wird. Das wird von Interesse sein. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linken.)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Wir kommen dann zu Herrn Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin einer derjenigen, die während einer Ratssitzung auch Facebook und Twitter verfolgen. Ich kann nur sagen: Es sind einige schwer verwirrt über den Zustand der rot-grünen Koalition. Vor allem aus der SPD erreichen mich einige Anfragen, was denn hier heute eigentlich los sei. Es fällt mir schwer, das wirklich seriös zu beantworten. Wer gucken möchte, was ich dazu schreibe, kann das auf unserer Webseite tun.

(Ulrich Breite [FDP]: Wird das ein Werbeblock?)

Zur Sache. Ich werde - so wie heute Morgen auch gesagt - für die vorzeitige Inbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn stimmen.

(Beifall bei Teilen der CDU - Ralph Sterck [FDP]: Ist doch gar nicht vorzeitig!)

- Dann eben nicht die vorzeitige, sondern die nun endlich erfolgende Inbetriebnahme dieses Teilstücks.

Ich möchte meinen direkten Vorrednern in zwei Punkten widersprechen. Es ist nicht nur Klientelpolitik für eine vermeintlich besonders grüne o-

der - sagen wir es eher so - besonders bürgerliche Südstadt, sondern das ist tatsächlich ein gesamtstädtisches Projekt. Natürlich sind auch Leute aus Ehrenfeld, Nippes etc. daran interessiert, dass diese Bahn fährt.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: So ist es! - Götz Bacher [SPD]: Die werden nicht dahin pilgern, um drei Haltestellen zu fahren!)

- Die werden nicht dorthin pilgern, aber auch sie verlassen manchmal ihren Bezirk und freuen sich dann über bessere Verbindungen.

(Beifall bei Teilen der CDU und der FDP)

Gerade weil der Bau dieser Nord-Süd-Bahn so unglaublich belastet ist, bin ich persönlich der Meinung, dass man alles dafür tun muss, dass dieses Projekt so schnell wie möglich realisiert wird. Die Vorstellung, die auch schon mehrfach hier im Rat geäußert worden ist, dass diese U-Bahn zwar fertig ist, aber nicht fährt, wäre meiner Ansicht nach noch viel weniger zu vermitteln.

(Beifall bei der FDP)

Natürlich kostet das Ganze Geld; das ist vollkommen klar. Aber ich denke, dass das Geld an dieser Stelle gut ausgegeben ist. Fragen wie: „Erhöhung der Taktzahlen, ja oder nein?“, „Welche Anbindungsmöglichkeiten gibt es?“ und andere haben wir hier schon mehrfach diskutiert. All dies sind Fragen, die schwierig zu entscheiden sind.

Ich hatte in einer früheren Ratssitzung gesagt: Es ist, glaube ich, in diesem Punkt, da man sich da nicht einigen kann, durchaus legitim, diese Sache emotional zu entscheiden. - Ich persönlich glaube, dass wir uns davon leiten lassen sollten; das sollte man nicht immer tun; das gebe ich zu. Aber die Menschen erwarten von uns, dass wir dafür sorgen, dass diese U-Bahn so schnell wie möglich in Betrieb genommen wird, die Menschen in der Südstadt erwarten das allemal. Deswegen freue ich mich, dass wir da jetzt einen entscheidenden Schritt weitergekommen sind. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der FDP und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Es gibt noch eine Wortmeldung von Herrn Börschel.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Vielfältigen Wünschen folgend möchte ich auf die Reden der Kollegen Sterck und Möring noch einmal eingehen; das ist eine Selbstverständlichkeit.

Zunächst zu Ihnen, Herr Sterck: Ich habe ja Verständnis dafür, dass Sie Interesse an einer gewissen Legendenbildung haben. Abgesehen davon, dass Stadtwerke-Sitzungen immer nichtöffentlich waren und es insofern gar nicht stimmen kann, was Sie hier herleiten - dort werden die Dinge immer gemeinschaftlich besprochen und dann sachgerechte Entscheidungen getroffen -, hat es dort noch nie eine Rolle gespielt, wer sich dort zuerst zu Wort gemeldet hat, sondern im Ergebnis waren die Abstimmungen dort in aller Regel dann auch einmütig. Da arbeiten wir nämlich sehr sachgerecht miteinander.

Ich möchte Sie aber daran erinnern, Herr Kollege Sterck, dass Sie im Gegensatz zu uns einmal Bestandteil einer Koalition waren, nämlich der damaligen schwarz-gelben, die alles, aber auch alles abgelehnt hat, was von irgendjemand anderem hier im Rat kam. Das heißt, Sie haben die Erfahrungen mit diesem Vorgehen, das Sie jetzt anderen - in dem Fall der SPD-Fraktion und mir - vorwerfen. Und ich meine: Da sitzen Sie mindestens im Glashaus.

(Zuruf von der CDU: Auch das ist eine Legende!)

Es war nie Stil der rot-grünen Koalition, so zu agieren. Ich erinnere zum Beispiel daran, dass der Brunnen, den Sie angesprochen haben, ein gemeinsamer Beschluss des Rates ist, der auf die Umsetzung wartet, und dass Sie derjenige sind, der sagt: Wenn er einmal vergessen wurde, möge das bitte auch so bleiben. So herum ist ja die Geschichte.

Ein anderes Beispiel - da muss man och jönne könne - ist der Beschluss, die Flora zu sanieren. Auf den sind, glaube ich, nicht wir gekommen, wenn ich mich recht erinnere, sondern - Ehre, wem Ehre gebührt - das war als Erstes Ihr Anliegen. Die Idee fanden wir gut und haben das gemeinsam beschlossen.

Das nur als Beleg, dass Ihre Legendenbildung zwar verständlich sein mag, aber natürlich in der Sache nicht trägt. Ich weiß, Herr Kollege Sterck, dass Sie selbst das auch genau wissen.

Zum Herrn Kollegen Möring und damit zu den Kolleginnen und Kollegen der CDU möchte ich natürlich auch etwas sagen. Was Sie hier heute

machen müssen - auch das ist ja intellektuell nachzuvollziehen -, ist, dass Sie Ihren immensen Zickzackkurs, den Sie im Grunde seit September vergangenen Jahres in der Frage Teilinbetriebnahme hingelegt haben, jetzt irgendwie verschleiern und noch mal klar darlegen müssen, dass es Ihnen eigentlich, wenngleich das leicht zu widerlegen ist, um die Sache geht. Sie waren erst dafür, dann waren Sie im September des vergangenen Jahres überraschend plötzlich dagegen.

(Karsten Möring [CDU]: Nein! Wir haben es vertagt! Bleiben Sie bei der Wahrheit!)

- Meinetwegen, dann präzisieren Sie das. Sie haben es vertagt; einverstanden. - Dann haben Herr Granitzka und andere in Gesprächen beispielsweise mit der IG Severinstraße, aber auch öffentlich - das kann man ja in den Medien nachlesen - zunehmend ihrer Skepsis Ausdruck verliehen, ob diese Teilinbetriebnahme sinnvoll sei - das übrigens zu einem Zeitpunkt, als es dieses Vierergespräch - Granitzka, Möring, dos Santos, Börschel - überhaupt noch nicht gegeben hat. Wir haben nämlich in dieser Viererrunde das erste Mal am vergangenen Freitag darüber gesprochen.

(Widerspruch von der CDU)

Darauf lege ich großen Wert. In dieser Runde hat es ein Gespräch vorher ja gar nicht gegeben.

(Karsten Möring [CDU]: Es gab natürlich auch noch Runden vorher!)

Insofern kann hier, glaube ich, noch einmal deutlich gemacht werden, dass es Ihnen von der CDU heute überhaupt nicht um Sachpolitik geht, sondern allein um die Frage einer inhaltlichen Beliebigkeit. Grüne und FDP hatten in der Sache eine klare Position. Die SPD hatte in der Sache eine klare Position. Die Einzige, die über Monate hinweg herumgeeiert hat, das war die CDU. Das können Sie heute auch nicht anders darstellen.

Ich möchte gerne noch kurz etwas zu den Beschlusssentwürfen sagen, die hier einvernehmlich auf die Tagesordnung gesetzt, am Ende dann aber nicht mehr abgestimmt worden sind. Wir haben am Freitag das erste Mal in dieser Runde über diese Thematik gesprochen, nämlich in der Runde, wie ich sie gerade beschrieben habe. Dann haben Sie sich am Samstag bei Frau dos Santos -

(Winrich Granitzka [CDU]: Vorher haben wir schon zwei Runden gehabt!)

- Ja, ich glaube, mit Frau dos Santos hat es zwei Gespräche gegeben. Das wird ja auch nicht bestritten. Ich sage ja nur, wann ich da ins Spiel gekommen bin. - Dann hat sich Herr Möring am Wochenende bei Frau dos Santos darüber beschwert, dass die SPD nicht bereit sei, einen Haushaltsbeschluss zu machen. Warum beschwerten Sie sich denn darüber, wenn die SPD Ihnen zugesagt haben soll, es gebe ebenjenen Haushaltsbeschluss? Schlussendlich ist dann genau Ihrem Anliegen gefolgt worden, das auch dem rot-grünen Anliegen entspricht, nämlich: Wir wollen insgesamt für die öffentliche Infrastruktur im Teilplan 1201 mehr tun. Das hat Rot-Grün übrigens im Finanzausschuss am 12. April genau getan, und zwar in einer Größenordnung von 6,35 Millionen Euro. Wie sonst kommt man auf diese Summe als durch schlichte Addition?

Was Sie natürlich nach innen vermitteln, davon habe ich keine Ahnung. Das weiß ich nicht. Darüber will ich nicht spekulieren. Aber ganz offenkundig war erforderlich, dass Sie sozusagen - ich will es mal etwas freundlich ausdrücken - das Gesprochene weiter interpretieren, als es einen eindeutigen Ratsantrag heute Morgen gab. Die Drucksachenummer war bezeichnet. Es war bezeichnet, um welche Summe es gehen soll. Es war bezeichnet, dass es eben keine Zusetzung auf den Finanzausschuss, sondern auf den Haushaltsplanentwurf der Verwaltung ist. Und das, meine ich, müssen Sie sich dann schon entgegenhalten lassen. Sonst übrigens macht auch Ihre Klage: „Warum will die SPD keinen Haushaltsbeschluss?“ überhaupt keinen Sinn. Ich finde, das muss dann auch der Wahrheit die Ehre gereichen.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Aufgrund der vielen Äußerungen, dass ein möglicher Beschluss zur Inbetriebnahme, der jetzt kurz bevorsteht, die Stadt vielleicht in den Nothaushalt führen werde, dass die Kämmerin ihn beanstanden müsse oder ansonsten der Untergang des Abendlandes bevorstehe, ist es, glaube ich, nötig, einmal auf die nüchternen Fakten zu schauen.

Wir haben von vornherein gesagt - wir waren ja von vornherein für diese Inbetriebnahme -, dass

diese Inbetriebnahme finanziert werden kann und werden soll, ohne den laufenden Haushalt zu belasten. Wer sich das genau anschaut - vielleicht wird Herr Henseler das demnächst auch tun -, wird feststellen, dass in der aktuellen Finanzplanung der KVB AG die Investitionen für die Inbetriebnahme bereits eingestellt sind, und zwar für das Jahr 2013 in Höhe von 2,9 Millionen Euro, für 2014 2,9 Millionen Euro und für 2015 2,0 Millionen Euro. Es handelt sich um eine Investition, die 5,3 Millionen Euro insgesamt umfasst und die ausschließlich auf die vorzeitige Inbetriebnahme rekurriert; denn die Wendeanlage in Rodenkirchen wird ja so oder so gebraucht. Jedenfalls ist es offenbar immer noch der Wille aller, dass diese U-Bahn irgendwann einmal die komplette Strecke fahren soll.

Vor dem Hintergrund, dass wir erst jetzt diesen Beschluss fassen - erstmals ist das ja im Mai 2011 durchgeplant worden -, haben sich die Kosten natürlich insgesamt reduziert, weil die Inbetriebnahme ja erst 2016 aktuell wird, die Strecke aber zeitlich bis zur offiziellen Inbetriebnahme Ende 2019 berechnet wird. Die Aktivierung der Anlagen erfolgt erstmals im Jahr der Teilinbetriebnahme 2016. Somit wird der Abschreibungsaufwand im Erfolgsplan der KVB erstmals 2016 berücksichtigt. In der aktuellen Planung ergibt sich eine Ergebniswirkung von 6,74 Millionen Euro im KVB-Wirtschaftsplan ab 2016.

Aufgrund der positiven wirtschaftlichen Entwicklung der KVB AG - Sie wissen ja, dass sich das Ergebnis sowohl in 2011 als auch in 2012 deutlich verbessert, also der Verlust sich deutlich verringert hat - sind die Mehrkosten für die TIN Süd auch finanzierbar, ohne den Haushalt der Stadt Köln zu belasten. Und das ist wichtig, zu wissen, wenn man diese Diskussion ernsthaft führen will.

Kommen wir zur Linie 7: Die Investitionen für die Verlängerung der Linie 7 sollen nach aktueller Kostenschätzung bei 13,2 Millionen Euro liegen. Das ist heute früh auch mit unseren Stimmen beschlossen worden. Da wird es Zuwendungen nach dem ÖPNVG von etwa 11,3 Millionen Euro geben. Dann wird es Zuwendungen zu den Planungskosten geben. Kurz und gut: Der Eigenanteil der Stadt würde bei 0,6 Millionen Euro liegen, die haushaltswirksam sind. Es ist aber vorstellbar, dass die KVB sich bereit erklärt, auch dies grundsätzlich zu übernehmen.

Das alles muss man wissen, bevor man hier Zeter und Mordio schreit. Betrachten wir es doch mal von außen: Sollte jetzt dieser Beschluss so fallen - und davon bin ich überzeugt -, dann ist

das für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt heute wirklich ein guter Tag.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP sowie bei Teilen der CDU und von Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

Denn es wird endlich das beschlossen, was hier seit zwei Jahren intensiv diskutiert wird, nämlich die Inbetriebnahme der U-Bahn von Sürth bis ins Severinsviertel; aber nicht nur das: Es wird auch versucht, umzusetzen - ich bin auch überzeugt, dass diese Umsetzung gelingt -, die Linie 7, wie es so schön im Beschluss heißt, bis zur Ranzeler Straße zu verlängern. Beides sind äußerst sinnvolle ÖPNV-Projekte. Diejenigen, die uns von außen betrachten, mögen im Endeffekt sagen: Egal, unter welchen Umständen das hier zustande gekommen ist, im Endergebnis ist das eine außergewöhnlich gute Entscheidung für die Stadt, für die Bürgerinnen und Bürger und für den Ausbau des ÖPNV, der ja eine strategisch wichtige Rolle spielt, wenn wir die Mobilitätsfragen in den nächsten Jahren klären wollen. Ich denke, so sollte man das betrachten und hier nicht kleinkariert diskutieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das waren die Wortmeldungen. - Ich hatte eben noch Herrn Uckermann gesehen. Herr Uckermann, vielleicht können Sie es vom Platz aus machen.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es ist schon erstaunlich, welches Niveau diese Debatte hier angenommen hat. Gerade sagte ein Bürgermeister, einer Ihrer Vertreter, Herr Roters: „Hohnuss bleibt Hohnuss.“ Herr Wolf, wenn das das Einzige ist, was Sie dazu zu sagen haben, dann ist das ein echtes Armutszeugnis, was Sie sich selber ausgestellt haben.

(Beifall bei pro Köln)

Ich kann mich noch an eine Verkehrsausschusssitzung erinnern - ich war dort in Vertretung -, wo man nicht in den Saal hereinkam und sich fragte: Was ist denn hier los? Da waren die Leute aus der Südstadt, die so gelitten haben, immer in der Hoffnung, dass Sie ihre Severinstraße durch die Inbetriebnahme wieder aufwerten können. Die Menschen waren da, aber niemand von den Altparteien hatte die Traute, den Leuten zu sagen,

was man will oder was man nicht will. Vielmehr hat man dort einen Verweisungsbeschluss - -

(Christtraut Kirchmeyer [FDP]: Stimmt doch gar nicht!)

- Ich war doch da, Frau Kirchmeyer. Sie können sich ja noch mal melden. - Sie hatten nicht den Mut, den Menschen ins Gesicht zu sagen, dass Sie eine fertige U-Bahn, die so viel Geld gekostet hat, auch tatsächlich fahren lassen. Nein, Sie haben einen Beschluss gefasst, das in die Haushaltsplanberatungen zu verschieben. Ich habe dann gefragt: Wie läuft denn da das Prozedere? Wie werden die Anwohner und Interessierten darüber informiert, dass die Beratungen dort stattfinden? Sie wollten das Ganze nur ins stille Kämmerlein hinein verschieben. So läuft das doch hier.

Ich kann mich noch erinnern, dass Sie, Herr Granitzka, vor zwei Monaten hier einen Antrag eingebracht haben, in dem Sie die Verwaltung darum gebeten haben, zu prüfen, ob die gesamte U-Bahn, die schon so gut wie fertig ist, überhaupt in Betrieb gehen soll. Das haben Sie doch hier zur Prüfung eingebracht, Herr Granitzka. Jetzt gibt es hier die 180-Grad-Wende. Die Haushaltsplanberatungen sind gelaufen - ohne die CDU. Jetzt kommen Sie und stellen im Prinzip eine Forderung, die sich doch jedem von sich aus erschließt. Man könnte meinen, das Drehbuch dieser Sitzung hätte Ephraim Kishon geschrieben. Über die Kommunalpolitik in Tel Aviv gibt es einen Roman von ihm - dort können Sie das nachlesen -, nämlich „Der Blaumilchkanal“. Den bauen Sie hier gerade.

Jetzt ist es so: Sie haben eine U-Bahn. Die können Sie in Betrieb nehmen. Da hat es Wettbewerbe gegeben, wie die Haltestellen ausgestaltet werden. Alles wunderbar geschaffen, alles gemacht. Die KVB fährt übrigens da schon im Probebetrieb, damit das Ganze nicht einrostet. Nur die Kölner dürfen damit nicht fahren. Heute Morgen wollten Sie noch etwas anderes. Sie haben eine U-Bahn, die ist finanziert, die ist fertiggestellt unter großen Opfern, und dennoch haben Sie gesagt: Wir wollen nicht, dass sie fährt, weil wir uns den Betrieb nicht leisten können. Gleichzeitig wollen Sie aber neue Straßenbahnprojekte im Rechtsrheinischen planen. Was ist denn das für ein Irrsinn! Meinen Sie, dass die Bürger das nicht durchschauen? Das ist hier eine Ephraim-Kishon-Sitzung, das ist Schilda live. Nun kann auch jeder verstehen, warum Sie keine Videoübertragung, keinen Livestream wollen,

(Claus Ludwig [Die Linke.]: Wir schützen die Bevölkerung vor Ihnen!)

weil dann die Bevölkerung Ihren armseligen Auftritt hier im Rat gesehen hätte. Das ist beschämend für die Millionenstadt Köln. Nehmen Sie endlich diese Bahn in Betrieb! Schluss!

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann haben wir abschließend noch eine Wortmeldung von Herrn Granitzka.

Winrich Granitzka (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Börschel, ich wollte heute nicht mehr reden, weil ich eigentlich schon heute Morgen die Nase so voll hatte von Ihren Lügen.

(Martin Börschel [SPD]: Jetzt schlägt es aber 13! Das ist eine Unverschämtheit!)

Sie wollten heute Morgen dieser Ratsmehrheit und Ihren grünen Koalitionsgefährten weismachen, dass Sie mit den Grünen einen Antrag gestellt haben, auf den wir dann aufgesprungen sind.

(Martin Börschel [SPD]: Das habe ich doch schwarz auf weiß!)

Das ist die Unwahrheit.

Sie haben eben gesagt: Wir haben mit Frau dos Santos und Ihnen verhandelt. Aber das haben wir nicht nur letzten Freitag und gestern getan, sondern wir haben schon vorher lange darüber verhandelt. Denn wir haben immer abgewogen, ob es besser ist, das Inbetriebnehmen dieser U-Bahn in Angriff zu nehmen, oder ob wir eher etwas für die Straßensanierung tun, was dann allen Kölnern zugutekommt. Sie haben heute Morgen wortreich erklärt, wie marode das ganze Infrastruktursystem ist. Deshalb haben wir gesagt: Das ist für alle Kölner besser. Sie haben uns das zugesagt, und Sie haben es paraphiert. Sie haben aber ganz offensichtlich mit uns andere Fakten besprochen als mit den Grünen.

(Martin Börschel [SPD]: Ich habe es doch hier! Schwarz auf weiß!)

Und jetzt erzählen Sie hier, dass Sie im Recht sind und wir einen Zickzackkurs gefahren seien. Ich bin so was von entsetzt - was sollen denn die Bürger von uns halten? -, wie hier im Rat die

Wahrheit verdreht wird. Das muss ich Ihnen wirklich sagen.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen jetzt zur Abstimmung über Dringlichkeitsantrag „Vorzeitige Teilinbetriebnahme“. Wer für den Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FDP, das ist die Fraktion der CDU, das ist die Fraktion der Grünen, das ist Herr Zimmermann, und das ist die Fraktion pro Köln.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Die SPD ist isoliert!)

Wer enthält sich? - Keine Enthaltung. Damit ist der Antrag angenommen.

(Beifall bei der CDU, der FDP und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu Ziffer 4 der Tagesordnung:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Wir kommen zu TOP 4.1:

4.1 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Kostensteigerungen bei Großprojekten" AN/0294/2013

Die Antwort liegt noch nicht schriftlich vor. Der zuständige Dezernent ist heute leider erkrankt und kann dazu nicht Stellung nehmen. Wir werden das nachreichen. – Herr Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Frau Berg! Bestellen Sie Herrn Höing schöne Grüße und wünschen Sie ihm gute Gesundheit.

Mir wäre wichtig, dass wir die Antwort relativ schnell kriegen. Wenn Herr Höing eine entsprechende Interpretation geben will, kann er das gern nachschieben. Er kann erst einmal die Info geben und dann inhaltlich etwas nachschieben; darum möchte ich bitten. Dann bin ich so weit zufrieden. - Wie gesagt: Einen schönen Gruß und gute Gesundheit!

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Wir kommen zu TOP 4.2:

4.2 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend "Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz" AN/0516/2013

Da gibt es keine Nachfragen? - Nein.

Wir kommen zu TOP 4.3:

4.3 Anfrage von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) betreffend "Haus der Kölner Geschichte" AN/0555/2013

Diese Anfrage kam verfristet. Die Antwort wird zur nächsten Sitzung gegeben.

Wir kommen zum Punkt 6.1.1:

6.1.1 Einleitung eines Satzungsverfahrens zur Festlegung des Gebietes für die Immobilien- und Standortgemeinschaft "IG Kalker Hauptstraße Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)" und Erhebung von Abgaben nach dem Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISGG NRW) 1133/2013

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann können wir abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist die Vorlage so angenommen.

Wir kommen zu Punkt 7:

7 Unterrichtung des Rates gemäß § 82 Absatz 1 und § 84 Absatz 1 Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen über die vom Kämmerer genehmigten Mehraufwendungen

Das wird zur Kenntnis genommen.

Wir kommen zu TOP 8.1:

8.1 Überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen im Teilplan 0211 - Wahlen im Haushaltsjahr 2013

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu TOP 10.1:

10.1 Abschluss einer neu gefassten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Bearbeitung von Beihilfeangelegenheiten für die Gemeinde Nettersheim durch die Beihilfekasse der Stadt Köln 0481/2013

- Keine Wortmeldungen.

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln und bei keiner Enthaltung ist das angenommen.

TOP 10.2:

10.2 Grüngürtel: Impuls 2012 4300/2012

Wir stimmen ab wie im Umweltausschuss. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Eine Anmerkung dazu: Wir hatten gestern im Ausschuss Anregungen und Beschwerden den Punkt, dass dort Jugendliche bzw. ein Verein an der Ecke Brühler Straße/Militärstraße ein Zentrum aufbauen wollen. Das tangiert auch das Projekt „Grüngürtel: Impuls 2012“. Wir möchten darauf aufmerksam machen, dass der Ausschuss Anregungen und Beschwerden den Punkt vertagt hat, da uns weder das Grünflächenamt noch das Jugendamt zur Verfügung stand. Daher bitte ich, weil es in dieser Vorlage wohl auch darum geht, dass das Gebäude diesem Konzept entgegensteht, also abgerissen werden muss, sich mit solchen Maßnahmen zu gedulden, bis dieser Punkt im Ausschuss ordentlich behandelt werden konnte. - Danke schön.

(Beifall von Jörg Detjen [Die Linke.]

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das haben wir so zur Kenntnis genommen.

Wir kommen dann zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von Herrn Zimmermann ist es angenommen.

TOP 10.3:

10.3 Weiterführung Kindertagesstätte Escher Straße 152 0736/2013

- Keine Wortmeldungen.

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Angenommen.

TOP 10.4:

10.4 Kölner Verkehrs-Betriebe AG: Liquidation der RC Data 0945/2013

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen.

Dann kommen wir zu TOP 10.5:

10.5 Neufassung des Vertrages über die Finanzierung der Verbraucherberatungsstelle Köln 2957/2012

- Auch da sehe ich keine Wortmeldungen.

Dann können wir zur Abstimmung übergehen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so angenommen.

Wir kommen zu TOP 10.6:

10.6 Rheinboulevard - Teilbereich II: Ufertreppe und Boulevard hier: Umplanung Teilbereich Boulevard 4194/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ja. Zunächst einmal Herr Uckermann und dann Herr Weisenstein.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir schließen uns der Kritik der betroffenen Bürgervereine und der historischen Vereine an. Wir sind sehr wohl der Meinung, dass gerade hier im rechtsrheinischen Bereich das historische Erbe in einem Rheinboulevard besser abgebildet werden muss. Das ist unzureichend.

Wir hätten auch erwartet, dass die Verwaltung ihr Versprechen einhält und hier gemeinsam mit den Bürgervereinen zu einer einvernehmlichen Lösung kommt. Wir finden es schade, dass dies nicht der Fall ist, und appellieren nochmals an die Verwaltung, ihrem Versprechen treu zu bleiben und da etwas für das rechtsrheinische Köln zu tun. - Danke schön.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Dann Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (Die Linke.): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Beim Bau des rechtsrheinischen Boulevards zwischen der Hohenzollern- und der Deutzer Brücke ist man in Deutz auf historische Funde gestoßen - das wissen Sie -, unter anderem auf die Reste eines römischen Fundamentes. Das Fundament gehört zu einem römischen Kastell. Dieser Fund ist von großer Bedeutung. Aus finanziellen Gründen soll das Kastell für die Öffentlichkeit nicht zugänglich oder sichtbar gemacht werden. Das ist sehr bedauerlich. Andere Funde hingegen sollen in den Rheinboulevard einbezogen und teilweise dargestellt werden: der Schinkenkessel, das Fundament der Drehscheibe der Bergisch-Märkischen Eisenbahn, drei Joche der preußischen Bahndammmauer und das Denkmal der preußischen Kürassiere.

Das Land NRW steigt leider aus der Denkmalpflege aus. Auch deshalb ist nicht mit Fördergeldern aus Düsseldorf zu rechnen. Wurden in den letzten Jahren von Düsseldorf landesweit noch jeweils 12 Millionen Euro für Denkmalpflege überwiesen, sind es jetzt nur noch 3,5 Millionen Euro. Ab 2015 soll der Posten ganz auf null gesetzt werden. Die in der Vorlage beschriebenen Umplanungen sind deswegen aus finanziellen Gründen nicht zu vermeiden. Trotzdem ist die Prioritätensetzung innerhalb des Gesamtprojektes „Rechtsrheinischer Boulevard“ nicht nachvollziehbar. Für die Betontreppe wurden und werden 15 Millionen Euro ausgegeben. Die Linksfraktion hat sich immer gegen dieses Betonbauwerk ausgesprochen.

Jetzt haben wir die Situation, dass für den Historischen Park nicht einmal die ursprünglichen 1,6 bis 1,9 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Das ist schon sehr bedauerlich. Denn der Geschichte, insbesondere der Geschichte des rechtsrheinischen Kölns, sollte eigentlich mehr Bedeutung beigemessen werden.

Bei der Umplanung ist der Wegfall von 103 Parkplätzen vor dem Landeshaus durchaus zu begrüßen. Schade ist nur, dass die gleiche Anzahl von Parkplätzen an anderer Stelle das Rheinufer wiederum verschandeln soll. Parkplätze sind in diesem Bereich eigentlich ausreichend vorhanden. Die Anbindung an den ÖPNV ist da sozusagen hervorragend. Hier muss die Verwaltung nachbessern. Zumindest die 45 neu geplanten Parkplätze zwischen der Kennedystraße und

dem Rheinufer sollten entfallen und als Grünfläche ausgewiesen werden. Ansonsten handelt es sich aus unserer Sicht an der Stelle um ein Nullsummenspiel.

Die Linksfraktion wird der Vorlage zustimmen, zum einen wegen des Wegfalls der Parkplätze vor dem Landeshaus - aber bitte mit der Maßgabe an die Verwaltung, die Schaffung von Parkplätzen an anderer Stelle genau zu prüfen -, zum anderen, weil wir einsehen und erkennen müssen, dass die Umplanungen aus Kostengründen unmöglich sind, obgleich wir uns eigentlich eine größere Variante für den Historischen Park in Deutz gewünscht hätten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Bitte schön. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Beschlussvorschlag? Ich bitte um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist er so angenommen.

TOP 10.7:

**10.7 Fortführung des museums-
pädagogischen Sonderprojekts
"Wallraf - der Museumsbus" bis
31.10.2013
0823/2013**

- Keine Wortmeldungen.

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Angenommen.

TOP 10.8:

**10.8 Vergabe von Bauüberwacher-,
Bauoberleitungs- und Sachverständi-
genleistungen für die Generalsanierung
des Tunnels Grenzstraße
0932/2013**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen.

TOP 10.9:

**10.9 Bestellung des leitenden Museums-
direktors Herrn Dr. Marcus Dekiert zum
geschäftsführenden Betriebsleiter des**

**Wallraf-Richartz-Museums & Fondation
Corboud
0952/2013**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Einstimmig angenommen.

TOP 10.10:

**10.10 Verlängerung der einstweiligen Sicherstellung der "Mittelterrassenkante in Müngersdorf"
0547/2013**

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen.

TOP 10.11:

**10.11 Koelnmesse GmbH
hier: Entnahme aus der Kapitalrücklage
0793/2013**

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen:

TOP 10.12:

**10.12 Kölner Sportstätten GmbH: Änderung des Gesellschaftsvertrages
1086/2013**

Gibt es da Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall?

Wer ist dagegen? - Das sind Gegenstimmen der CDU, der FDP und von pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Es ist angenommen.

TOP 10.13:

**10.13 Einrichtung eines Aufbaubildungsganges: Existenzgründung am Hans-Böckler-Berufskolleg, Eitorfer Str. 18-20, 50679 Köln
0619/2013**

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Angenommen.

TOP 10.14:

**10.14 Markenprozess Köln
1141/2013**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte schön.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das hört sich ja gut an, was Sie uns da unter TOP 10.14 vorgelegt: „Markenprozess Köln“. Allerdings erschließen sich uns die Kosten nicht. Wir haben hier eigens ein Amt für Wirtschaftsförderung, das einen solchen Imageprozess an sich als Teil des laufenden Geschäfts der Verwaltung übernehmen kann. Das, was Sie da vorlegen, ist viel zu teuer und wird der Sache nicht gerecht. Wir suchen immer wieder entsprechende Einsparmöglichkeiten, und hier wäre es sinnvoll. Diese Geldausgabe muss nicht sein. - Danke.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Wenn keine weiteren Wortmeldungen da sind, kommen wir zur Abstimmung. - Wer ist dagegen? - Die Fraktion der FDP, die Fraktion pro Köln und Die Linke. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von Herrn Zimmermann ist diese Vorlage angenommen.

Dann kommen wir zu TOP 10.15:

**10.15 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
hier: Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2011
1265/2013**

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das einstimmig angenommen.

TOP 10.16:

**10.16 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
hier: Auflösung der Kapitalrücklage
1275/2013**

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das so beschlossen.

Ich glaube, Sie haben keine Lust mehr über 10.17 – Teilbetriebnahme – zu diskutieren. -

Dann geht es mit TOP 10.18 weiter:

**10.18 Restitution des Gemäldes "Portrait Tilla Durieux" (1910) von Oskar Kokoschka aus dem Bestand des Museums
Ludwig
1362/2013**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das einstimmig angenommen. Das ist ein sehr gutes Signal.

Dann kommen wir zu den Bauleitplänen.

TOP 11.1:

11.1 192. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 8, Köln-Kalk
Arbeitstitel: Ehemalige Stadtbahn-Wendeschleife in Köln-Merheim
hier: Feststellungsbeschluss
1135/2013

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Angenommen.

Dann kommen wir zu TOP 12.1:

12.1 Beschluss über die Aufstellung und Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 7048/03
Arbeitstitel: Stadtteilzentrum
Buchheimer Straße in Köln-Mülheim
4630/2012

Wer ist dagegen? - Gegenstimmen der FDP. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Angenommen.

Wir kommen zu TOP 12.2:

12.2 Beschluss über die Aufstellung und Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 7146/02
Arbeitstitel: Zentrum Buchheim in Köln-Buchheim
4638/2012

Wer ist dagegen? - Die Fraktion der FDP. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. So angenommen.

Wir kommen zu TOP 12.3:

12.3 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 65458/02
Arbeitstitel:
Christuskirche/Herwarthstraße in Köln-Neustadt/Nord
0503/2013

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen.

Dann kommen wir zu TOP 12.5:

12.5 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 62528/02
Arbeitstitel: Volkhovener Weg in Köln-Heimersdorf
0786/2013

Wir stimmen ab. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das so einstimmig angenommen.

Wir kommen zu TOP 12.6:

12.6 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 70454/08
Arbeitstitel: Kalker Hauptstraße 145 in Köln-Kalk
1015/2013

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - So angenommen.

TOP 12.7:

12.7 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 73458/02
Arbeitstitel: Kieskaulerweg in Köln-Merheim
0584/2013

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Angenommen.

Wir kommen zu TOP 12.8:

12.8 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 70439/07
Arbeitstitel: Flamme Möbel in Köln-Poll
1117/2013

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen.

Wir kommen zu TOP 13.1:

13.1 Aufhebung des Bebauungsplanes 68529/03
- Satzungsbeschluss -
Arbeitstitel: Leverkusener Straße in Köln-Flittard
0697/2013

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Angenommen.

TOP 13.2:

**13.2 Aufhebung des Fluchtlinienplanes 756
- Satzungsbeschluss -
Arbeitstitel: Zoologischer Garten in
Köln-Nippes
1061/2013**

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das einstimmig so angenommen.

TOP 14.1:

**14.1 Satzung über eine Veränderungssperre
für einen Teilbereich der Ortslage in
Köln-Neustadt/Süd, Köln-Sülz
Arbeitstitel: Eifelwall in Köln-
Neustadt/Süd; Köln-Sülz
0997/2013**

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - So beschlossen.

TOP 14.2:

**14.2 Satzung über eine Veränderungssperre
für einen Teilbereich der Ortslage in
Köln-Rondorf
Arbeitstitel: Südlich Rodenkirchener
Straße in Köln-Rondorf
1172/2013**

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit so beschlossen.

Wir kommen zu TOP 17:

17 Wahlen

TOP 17.1:

**17.1 Benennung der Mitglieder und
stellvertretenden Mitglieder des
Ausschusses für anzeigepflichtige
Entlassungen der Agentur für Arbeit
Köln
0994/2013**

Dafür sind bereits Frau Berg und Frau Reker als Vertreterinnen der Verwaltung benannt worden. Als Vertreter des Rates werden Frau Schmerbach als Mitglied und Herr Kienitz als stellvertretendes Mitglied benannt. Wer ist gegen? - Keine Gegenstimmen. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist es so angenommen.

Wir kommen zu TOP 17.2:

**17.2 Neuwahl eines beratenden Mitgliedes
für den Jugendhilfeausschuss
1114/2013**

Hier wird Frau Bosbach vorgeschlagen. Ist jemand dagegen? - Wer enthält sich? - Angenommen.

Wir kommen zu TOP 17.3:

**17.3 Antrag der Fraktion pro Köln hier:
Umbesetzung Kulturausschuss
AN/0407/2013**

Herr Wesemann soll anstelle von Herrn Wiener entsendet werden. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

TOP 17.4:

**17.4 Antrag der Fraktion pro Köln
hier: Umbesetzung
Jugendhilfeausschuss
AN/0408/2013**

Gibt es dazu Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Dann kommen wir zu TOP 17.5:

**17.5 Änderung der Benennung sachkundiger
Einwohnerinnen und Einwohnern für
diverse Ausschüsse auf Empfehlung
der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben,
Schwule und Transgender
0919/2013**

Dazu liegt Ihnen eine Vorlage vor. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann können wir abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 17.6:

**17.6 Wahl der Beisitzerinnen und Beisitzer
des Wahlausschusses für die
Kommunalwahl 2014
0725/2013**

Die Verwaltung schlägt vor, der Rat möge beschließen, den Wahlausschuss mit sechs Beisitzerinnen und Beisitzern sowie deren sechs Stellvertretern zu besetzen. Gibt es dazu Gegenstimmen - -

(Markus Wiener [pro Köln]: Wortmeldung!)

Bitte schön, Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! In der Vergangenheit war es so, dass der Wahlausschuss spiegelbildlich mit den Fraktionen besetzt war, wie es auch in den normalen Ausschüssen der Fall ist. Ich weiß nicht, wer von der Verwaltung oder der Stadtspitze vorgeschlagen worden ist. Ist auch ein Kandidat von uns mit dabei? Wenn nicht, würde ich unsere Fraktionsvorsitzende Judith Wolter und als Stellvertreter Jörg Uckermann vorschlagen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das wäre dann eine Liste 2. Wir haben eine Liste 1.

(Zuruf von Jörg Uckermann [pro Köln])

Wir stimmen zunächst über die Zahl der Mitglieder im Kommunalwahlausschuss ab. Der Vorschlag lautet: sechs Mitglieder. Ich bitte um Abstimmung. Wer gegen diesen Vorschlag ist, bitte ich um das Handzeichen - -

(Markus Wiener [pro Köln]: Herr Roters, noch einmal zur Geschäftsordnung!)

- Bitte.

Markus Wiener (pro Köln): Wer von diesen sechs Mitgliedern ist denn schon vorgeschlagen? Ich möchte nur der Fairness halber ankündigen: Wir gehen davon aus, dass wie in der Vergangenheit - das war ja in der Vergangenheit auch so - ein Vorschlag gemacht worden ist, wo alle Fraktionen vertreten sind. Das können wir gerne mit einer gemeinsamen Liste machen. Wenn das nicht der Fall ist, werden wir natürlich eine eigene Liste machen. Dann kann es natürlich sein - das müssen wir noch kurz beratschlagen -, dass wir geheime Abstimmung beantragen.

(Unruhe)

Denn es ist eine Selbstverständlichkeit, dass im Wahlausschuss alle Fraktionen repräsentiert sind. Das war auch in der Vergangenheit so. Ich verstehe nicht, warum das jetzt anders sein soll.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich nenne jetzt diejenigen, die zur Liste 1 vorgeschlagen wurden: Das sind Herr Börschel, Frau dos Santos, Frau Manderla, Herr Götz, Herr Frank und Frau Laufenberg. Die Vertreter sind Herr Dr. Hei-

nen, Frau Fröbel, Herr van Benthem, Herr Volker Meertz, Herr Wolter und Herr Breite. - Das ist die Liste 1.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Mein Vorschlag zur Güte. Ich denke, es wäre wirklich eine ganz normale Gepflogenheit, dass man jetzt erst einmal beschließt, statt der vorgeschlagenen sechs Mitglieder sieben Mitglieder plus Vertreter zu wählen und dann eben auch ein Mitglied der Fraktion pro Köln plus Stellvertreter mit aufzunehmen. Das war auch in der Vergangenheit so. Ich denke, das wäre absolut angemessen für diesen Ausschuss.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Wir lassen jetzt abstimmen. Es gibt einen Vorschlag, der sechs Mitglieder vorsieht, sowie einen Änderungsantrag der Fraktion pro Köln, die Anzahl der Mitglieder auf sieben zu erhöhen.

Wer für den Vorschlag der Fraktion pro Köln ist, die Anzahl der Mitglieder auf sieben zu erhöhen, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit haben wir eine Festlegung auf sechs Mitglieder.

Wir können jetzt eine zweite Liste aufmachen. Das müssten Sie vorschlagen. Dann müssen Sie die Namen dafür benennen.

Markus Wiener (pro Köln): Judith Wolter und Jörg Uckermann als Stellvertreter. Und: Wir beantragen geheime Abstimmung.

(Unruhe - Jörg Uckermann [pro Köln]: Natürlich! Das ist ja wie im Kommunismus hier! Das ist doch so! Das ist unfassbar!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Uckermann, ich ermahne Sie auf diesem Wege, sich zurückzuhalten mit Wertungen, die hier im Hause nicht passend sind.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Demokratisch ist das nicht! Das muss man doch klar sagen! Es soll doch gemauschelt werden anscheinend! - Henk van Benthem [CDU]: Gemauschelt wird hier nicht!)

Ich frage noch einmal: Bleiben Sie bei Ihrem Vorschlag, hier eine geheime Abstimmung vorzunehmen?

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Ja! - Markus Wiener [pro Köln]: Eine persönliche Erklärung!)

- Ja, eine persönliche Bemerkung.

Markus Wiener (pro Köln): Eine persönliche Erklärung, aber vorab: Natürlich bleiben wir bei unserem Vorschlag auf geheime Abstimmung. - Ich bin als Ratsmitglied wirklich schockiert, dass man bei einem so wichtigen Ausschuss wie dem Wahlausschuss - es geht da um die Kontrolle, ob die Wahlen auch demokratisch ablaufen; größtmögliche Transparenz und möglichst große Kontrolle dienen der Glaubwürdigkeit in die Institution einer Wahl - jetzt von den Gepflogenheiten der Vergangenheit abgeht, wonach alle hier im Stadtrat vertretenen Fraktionen natürlich auch im Wahlausschuss vertreten sind. Deswegen bleibt es von unserer Seite dabei: zweite Liste und geheime Abstimmung.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Richtig!
Bravo!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Das ist jetzt beantragt worden. Wenn eine Fraktion dies beantragt, wird das auch entsprechend umgesetzt. Die Vorbereitungen sind im Gange.

Ich gebe zu überlegen, ob wir, während die Vorbereitungen laufen, in der Tagesordnung zunächst fortfahren. -

(Zustimmung bei SPD und CDU)

- Ich sehe und höre Zustimmung.

Dann machen wir weiter mit Tagesordnungspunkt 17.8:

17.8 Benennung von sachkundigen Einwohnern und Einwohnerinnen für die Ausschüsse des Rates 1359/2013

Das sind Seniorenvertreter. Gibt es Gegenstimmen gegen diese Vorlage? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Das ist so entsprechend beschlossen.

Tagesordnungspunkt 17.9:

17.9 Benennung eines Mitglieds für den Liegenschaftsausschuss AN/0567/2013

Anstelle von Herrn Kühn von der Linken benennt der Rat für den Rest der aktuellen Wahlperiode Herrn Michael Weisenstein als Mitglied für den Liegenschaftsausschuss. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Dann kommen wir zu 17.10:

17.10 Antrag der SPD-Fraktion hier: Benennung eines sachkundigen Einwohners für den Ausschuss Kunst und Kultur AN/0573/2013

Die SPD-Fraktion schlägt Herrn Professor Klaus Schäfer als sachkundigen Einwohner zur Entsendung in den Ausschuss für Kunst und Kultur vor. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann haben wir die Wahlen insgesamt abgeschlossen und sind am Ende des öffentlichen Teils der Sitzung.

Wir beeilen uns, damit wir mit der geheimen Abstimmung beginnen können.

Ich darf die Stimmzählerinnen jetzt bitten, sich in den Raum mit den Wahlkabinen zu begeben.

Ich weise noch einmal darauf hin: Die Liste 1 ist die große Liste mit sechs Namen.

(Unruhe)

- Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weise noch einmal darauf hin: Wir beginnen jetzt mit der Abstimmung bzw. der Wahl. Die Liste 1 ist die große Liste, und die Liste 2 ist die Liste, die von der Fraktion pro Köln eingereicht worden ist.

Frau Kramp beginnt jetzt mit dem Aufruf der Namen.

(Namensaufruf - Nichtöffentliche Sitzung von 20.22 Uhr bis 20.27 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen jetzt zum Ergebnis der Wahlen zu Tagesordnungspunkt 17.6.

Dazu stelle ich die Öffentlichkeit wieder her.

Wir haben 84 abgegebene Stimmen. Wir haben eine Enthaltung, eine ungültige. Wir haben 78



Stimmen für die Liste 1 und vier Stimmen für die Liste 2. Damit sind die Personen auf der Liste 1 entsprechend gewählt und bestimmt.

Damit sind wir am Ende unserer heutigen Sitzung angekommen. Es war eine sehr turbulente, lebhaftige Sitzung. Ich hoffe, dass die folgenden Sitzungen in den nächsten Monaten einen etwas anderen Charakter haben.

Ich wünsche noch einen schönen Abend. Danke schön.

(Schluss: 20.28 Uhr)